

Aufruf zur Bundesratswahl

vom 14. Dezember 2011

Vorbemerkungen

Der US-Schriftsteller Gore Vidal urteilte vor kurzem über sein Land, die USA, wie folgt: «Die USA sind als moralische Instanz immer wieder ins Zwielicht geraten. Die historischen Fakten beweisen dies. Von der Ausrottung der Indianer über die immensen Kriegsgewinne aus den beiden Weltkriegen bis zur «Operation Wüstensturm». – Alles Tatsachen, die «god's own country» von seiner dunkelsten Seite zeigen: Gewalttätig, unmoralisch, heuchlerisch und korrupt. Obwohl wir regelmässig andere Staaten als Schurkenstaaten stigmatisieren, sind wir inzwischen der grösste Schurkenstaat überhaupt. Wir halten keine Verträge ein. Wir verachten internationale Gerichte. Wir schlagen los, wo immer wir wollen. Wir geben den Vereinten Nationen Anweisungen, ohne unsere Bei-

POSTCODE

AZB 3001 Bern

träge zu bezahlen. Wir beklagen den Terrorismus, doch unser Land ist der grösste Terrorist.»

Unter diesem Paradigma sind die oftmals unbegreiflichen Äusserungen der heutigen Führung der rettungslos überschuldeten USA zu interpretieren. – Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass eine Währungsunion nur dann zu verantworten ist resp. funktionieren kann, wenn die Wirtschaftsstrukturen in ihrem Raum harmonisiert sind. In



Aufruf an die Mitglieder der Bundesversammlung

Gebt Eure Stimme nur an Bundesratskandidatinnen und -kandidaten, die klar zur Schweiz stehen;

- denen unsere Geschichte keine Belastung sondern ein Grund des Stolzes über unsere Volksrechte ist;
- die sich nicht für Entscheide im Ausland entschuldigen gehen, sondern diese auch gegen aussen ohne Wenn und Aber vertreten und umsetzen;
- die Nötigungsversuche – woher sie auch kommen mögen – energisch zurückweisen;
- die zu unseren Finanzen Sorge tragen und diese nicht leichtfertig für vermeintliche Lösungen fremder Schulden vergeuden;
- die klar zwischen den Interessen des Volkes und der realen Wirtschaft einerseits und jener der Hochfinanz mit ihrer verheerenden Casino-Mentalität andererseits zu unterscheiden wissen.

Die hier geforderte Beachtung von Auswahlkriterien drängt sich vom Standpunkt des Rechtsstaates auf. Wir mussten in jüngster Zeit feststellen, dass Gesetzesmaterialien missachtet, parlamentarische Vorstösse höchst unbefriedigend behandelt, die Parlamentarier mit Halbwahrheiten, ja sogar Lügen, abgespiessen werden.

Wir verweisen auf die Studie «Was sind die Materialien noch wert», die sie unter www.solami.com/materialien.htm einsehen können.

Als ehemalige Ratsmitglieder und besorgte Bürger der Schweiz bitten wir Sie, sehr geehrte Damen und Herren Volksvertreter, nehmt die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes sehr ernst. Die weitere Entwicklung unserer politischen Zukunft hängt wesentlich von der Zusammensetzung des Bundesrates ab.

SD-Redaktion

den 17 Nationen des Euro-Raumes ist diese Voraussetzung eindeutig nicht gegeben. Da das Ventil der Wechselkursanpassungen in der Union fehlt, muss es zwangsläufig zu Spannungen, wirtschaftlichen Rückschritten der schwächeren Regionen – schliesslich zu deren Verschuldung kommen.

– Bei einer Transferunion verarmen dann auch die wirtschaftlich stärkeren Nationen. – **Die Jagd nach Geld in benachbarten Gefilden (der Schweiz) wird damit erklärlich.**

Die Folgen:

Wir stehen kontinuierlich unter Erpressungsdruck.

– **Die USA** schlugen mit Hilfe der Grossbanken gefährliche Breschen in unser Rechtsverständnis (unter anderem Bankgeheimnis, OECD- Amtshilfevertrag in Steuersachen sieht automatischen Steuerfluss vor!)

– Diese und weitere Kniefälle (QI, Fatca) belasten unsere Volkswirtschaft mit Milliardenverlusten.

– **Deutschland und England** bewirkten auf Veranlassung kopfloser hiesiger Finanzplatzakteure präjudizie-

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

2 Zurück auf Feld eins!

3 Kritisches Denken ist für politisch interessierte Menschen eine Pflicht!

5 Ist die Scharia «gar nicht so schlimm»...?

6 Wichtige Ereignisse des Herbstes 2011

9 Aus den Kantonen

14 Leserbrief

Aufruf zur Bundesratswahl*Fortsetzung von Seite 1*

rende Abkommen, die unsere Banken zu Agenten fremder Steuervögte degradieren. Schamlos macht sich Deutschland mit dem Ankauf gestohlener Bankdaten der Hehlerei schuldig, um die aus der Steuerhölle geflüchteten wohlhabenden Mitbürger heimzuholen resp. zu demaskieren und zu bestrafen.

– Und trotzdem fraternisierte unsere Bundesrätin mit Finanzminister Schäuble.

– Die Drohungen des ehemaligen Finanzministers Steinbrück sind unvergessen; eine entsprechend harte Antwort unseres Bundesrates ist ausgeblieben.

– **Frankreichs** Staatspräsident Sarkozy spart nicht mit grossen Worten und dunklen Drohungen. Mit erpressten Schweizer Milliarden soll gegen die französische Pleite vorgegangen werden. Die amerikanischen

Freunde hätten es wiederholt erfolgreich vorgemacht: Man könne die Schweizer Regierung in die Knie zwingen, nicht aber das Schweizer Volk. Also soll mit Hilfe verbündeter Banken der Druck erhöht und ausdrücklich das Volk ausgeschaltet werden (welch vorbildliches Demokratieverständnis!). Sarkozy: «*Wir haben uns entschlossen, Steueroasen (wie die Schweiz) nicht länger zu tolerieren.*» Ob das auch für die wirklichen Steueroasen Grossbritanniens – die Kanalinseln und verschiedene US-Staaten gilt?

Im Drama um **Griechenland** haben wir soeben demonstriert bekommen, wie die heutige politische EU-Elite über den Souverän denkt. Die von ex-Ministerpräsident Papandreou angeregte Volksbefragung (Referendum) zu den Sparbefehlen der EU-Stellen wurde als Todstunde, als völlig unannehmbare Idee, bezeichnet und mit der Androhung eines EU-Rauswurfes erfolgreich bekämpft.

Die **irische Volksbewegung «People's Movement»** versucht bis jetzt vergeblich eine Volksabstimmung zu dem von der EU auferlegten Sparpaket durchzusetzen. Dies obwohl seit 1987 ein Verfassungsgesetz besteht, wonach eine solche Abstimmung zwingend durchzuführen sei.

Der EU-Ratspräsident **Hermann Van Rompuy** macht Druck auf die Schweiz. Nicht nur will die EU die automatische Übernahme von europäischem Recht, sie erwartet auch weitere Milliarden zur Bekämpfung der Finanzkrise. Unglaublicherweise will die EU die gegenwärtige Krise unter allen Umständen mit einer Flut von «schuldengestütztem» Geld bewältigen. Grundsätzliche Überlegungen und Bemühungen zur Krisenbekämpfung an der Wurzel stehen weiterhin nicht auf dem Programm, weder bei Herrn Van Rompuy noch bei den Staatschefs der wichtigsten Geberländer oder bei den Finanzspezialisten in Brüssel.

Die politisch begründete Währungsunion verschlingt den Wohlstand Europas, da sie ökonomisch eine Fehlkonstruktion ist.

Wo wir stehen, zeigt der neuerliche Ausschluss der Schweiz vom Gipfel der G20 – ein allerdings von unserer Regierung mitverursachter Affront.

Angela Merkel lässt die Katze aus dem Sack!

Am Rande der Pressekonferenz vom 02.11.2011 erklärte sie, sie lasse sich nicht von ein paar Berglern mit deren Volksbefragung in die Suppe spucken und vermerkte dabei ausdrücklich, damit seien nicht in erster Linie die Griechen gemeint. Das verheisst nichts Gutes für künftige deutsche und Brüsseler Begehren, einschliesslich der Tatsache wie rasch unser Bundesrat gegenüber Zumutungen der USA betreffend Bankgeheimnis eingeknickt ist. Deshalb unser Aufruf an die Mitglieder der Bundesversammlung (siehe Kasten Seite 1).

Zurück auf Feld eins!

Die Nationalratswahlen vom 23. Oktober 2011 sind für die Partei brutal ausgefallen, keine Entschuldigung vermag dies zu beschönigen. Gewiss, die bescheidenen finanziellen Mittel für eine ordentliche Werbung – nicht etwa für einen übertriebenen Einsatz (!) – können erwähnt werden. Aber selbst bei deren Berücksichtigung ist das Ergebnis brutal. Wir stehen beinahe wieder am Ausgangspunkt Null.

Besonders beunruhigen muss die Parteienwahl. Zwar haben Parteien, welche eine «grüne Politik» befürworten, an Stimmen zugelegt. Andere wiederum, mehrheitlich die, welche die Einwanderung stoppen oder bremsen wollten, haben Stimmen eingebüsst. Eine echt ökologische Politik ohne Begrenzung des Bevölkerungswachstums ist jedoch gar nicht möglich. Ein solches Wachstum bedroht Lebensraum und Umwelt, und «Grüne» betrachten es als problemlos. Neueinwanderer brauchen zusätzlichen Strom. Wenn es so weiter geht, wird der Ersatz der Atommeiler durch erneuerbare Energieformen in eine weite Ferne rücken und der bundesrätliche Beschluss, aus der Atomenergie auszustiegen, zu einem unehrlichen Geschwätz verkommen. Dies ist nur ein Beispiel. Es wären unzählige andere möglich.

Dabei ist das politische Problem, weswegen die Nationale Aktion (NA) gegründet wurde, überhaupt ungelöst! Im Gegenteil, es ist schlimmer denn je! Obschon die in der Schweiz ansässigen Frauen – wohl vermerkt Ausländerinnen eingeschlossen(!) –

im Durchschnitt nur 1,46 Kindern das Leben schenken, ist einwanderungsbedingt im letzten Jahr von August bis August deren Bevölkerung laut Bundesamt für Statistik, also offiziell, um 2,9 Prozent gewachsen! Das ist mehr als in einem sogenannten Entwicklungsland. Nicht mitgezählt sind jedoch eine unbekannte Zahl illegaler Einwanderer, geschätzt auf 100'000 bis 400'000, Asylbewerber im Verfahren, mehrere Hunderttausend Grenzgänger, die praktisch die meiste Zeit in der Schweiz wohnen, usw. Das haben wir unter anderem dem freien Personenverkehr mit der EU zu «verdanken». Auch das in letzter Zeit immer häufiger erwähnte verdichtete Bauen hilft nicht weiter. Entstehende Verkehrsprobleme etwa werden damit nicht gelöst. Letzten Endes kann die Schweiz als freie Nation kaum überleben, wenn sie sich in eine einzige multikulturelle Grossagglomeration verwandelt.

Nicht vergessen!

Der Mensch braucht im Übrigen nicht nur Nahrung, er braucht für sein inneres Gleichgewicht auch Erholung. Der Erholungsraum schrumpft jedoch ebenfalls immer mehr. Viele Einwohner klagen über Stress. Aus medizinisch-psychiatrischen Gründen wächst die Zahl der Fälle von sogenanntem «burnout», früher Erschöpfungsdpression genannt. Man redet wegen der Bevölkerungsverdichtung von «Dichtestress». Im Bundesamt für Migration, im Stich gelassen von einer Bundesrätin, die von den Medien in alle



Himmel gehoben wird, weil sie auf deren Wiederwahl hoffen, herrscht das nackte Chaos. Tüchtige wurden entlassen, ein insgesamt für alles verantwortlicher Chef fehlt vorderhand. Eine Revision der Revision, von der erwähnten Bundesrätin überstürzt vorgenommen, soll demnächst wieder stattfinden. Die Mitarbeiter sind verunsichert.

Die SVP ist kein Ersatz

Sicher, da ist ja noch die SVP, welche die Kritik der Problematik der Masseneinwanderung von uns übernommen hat und die Personenfreizügigkeit ebenfalls bekämpfen will. Aber die SVP versucht den Spagat, nämlich den Spagat zwischen Einwanderungskontrolle und einer neoliberalen Sozialpolitik, ein Widerspruch. Was das heisst, wissen wir aus den Sechzigern des letzten Jahrhunderts. Auch damals ist die Bevölkerung der Schweiz gewachsen, sogar besonders stark. Was wir aber endlich brauchen, ist ein Stopp des Wachstums

und eine ausgeglichene Wanderungsbilanz. Man sollte endlich wissen, dass das ständige Gejammer der Wirtschaft, es fehlten bestimmte Arbeitskräfte, durch Einwanderung nicht befriedigt wird. Auch die so genannten «Grünen» wollen das Wachstum nicht bremsen. Es ist also durchaus eine Lücke im Parteienspektrum vorhanden. Die immer weiter sich öffnende Schere zwischen Superreichen und armen Schluckern, darunter auch viele Einheimische, scheint die SVP nicht zu beunruhigen. Wir sollten es vermeiden, uns zu eng an sie zu binden! Die Trennung von rechts und links ist historisch in der Französischen Revolution entstanden. Angeblich sei der Kampf gegen die Einwanderung «rechts», Umweltschutz «links». Bei modernen Problemen ist sie jedoch unangemessen. Beides gehört zu einer wirklich ökologischen Politik. Mit einer «neuen Mitte», wie sie vor

Fortsetzung Seite 3

Kritisches Denken ist für politisch interessierte Menschen eine Pflicht!



Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Vorbemerkung: Anlässlich der Jubiläumsfeier 50 Jahre NA/SD hat mir ein Parteifreund seine Anerkennung für meine zahlreichen Aufsätze im Parteiorgan ausgesprochen. Gleichzeitig aber gab er auch seinem Missfallen über meine kritische Haltung gegenüber der amerikanisch/englischen Politik Ausdruck. Wir dürften nie vergessen – so meinte er – dass es die USA gewesen sei, die unsere Schweiz und ganz Europa vor dem Nazitum bewahrt resp. befreit hätte. Mir scheint, dass hierzu einige Überlegungen und Wertungen anzustellen seien, die zugegebenermassen unsere Freunde jenseits des Kanals und über dem grossen Teich nicht nur im strahlenden Bild der Heilsbringer erscheinen lassen.

Zurück auf Feld eins!

Fortsetzung von Seite 2

allen die Medien erfunden haben, hat das wenig zu tun. Mitte als Wille zu einem vernünftigen Mass ist zwar sehr zu befürworten. Aber hat denn die Schweiz ein vernünftiges Mass für Einwanderung und Überfremdung gefunden?

Was wird aus der eigenen Partei?

Was die eigene Partei betrifft: So wie es bisher lief, kann es nicht weiterlaufen. Selbstverständlich hat auch die Führung Fehler gemacht. Es ist hier nicht der Ort, Einzelheiten aufzulisten. Aber Selbstkritik ist dringend. Die Partei ist neu zu gründen. Über den Namen kann man streiten. Jedenfalls ist nicht «Krethi und Plethi» in die neue Partei aufzunehmen. Wir selbst wissen natürlich, dass das mit dem Vorwurf des «Rechtsextremismus» nicht stimmt. Aber irgendwie ist der Vorwurf auch wieder ein Schutz, nämlich ein Schutz vor Mitgliedern, die es mit dem Programm gar nicht so ernst meinen und mit ihrer Mitgliedschaft nur glauben, ein Ämtchen ergattern zu können! Mitglieder müssen wissen, wo den meisten Bürgern der Schuh drückt. Der durchschlagende Erfolg von Thomas Minder bei den Ständeratswahlen im

Die Geschichte in Kürzestform von 1850 bis zum Ersten Weltkrieg

In dieser Periode spielte sich das erste deutsche Wirtschaftswunder ab; dank geschickter politischer Bemühungen (deutsche Zollunion; Massnahmen zu Gunsten der wirtschaftlich bedeutenden Wirtschafts- und Seemacht). Weil gleichzeitig das britische Imperium an Vitalität verlor, fühlte sich diese Weltmacht in ihrer dominanten Stellung bedroht. So war sich die englische Elite schon 1910 einig, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt werden müsse, um den wirtschaftlichen Aufschwung zurückzustutzen. Jetzt mussten nur noch geeignete Umstände geschaffen werden.

Was passierte unmittelbar vor dem Mord von Sarajewo?

England wechselte seine Bündnispolitik und gründete eine Allianz mit seinem Erzfeind Frankreich; es entstand die gegen Deutschland gerichtete «Entente cordiale», in welche auch Russland ab der 90er-Jahre des 19. Jahrhunderts miteinbezogen wurde («Tripel entente» 1907). In ei-

Kanton Schaffhausen ist da beispielhaft: Gegen die Abzockerei, aber auch gegen die Masseneinwanderung! Er hat haargenau den Nerv der Zeit getroffen. Ein politisches Mandat holt man sich nicht im Schlafwagen und Leserbriefe sind immer möglich, auch wenn nicht alle abgedruckt werden.

Das politische Programm ist gleichzeitig zu straffen und auszuführen. Aber: Alle Mitglieder müssen wissen, dass nicht das entscheidet, was im Programm oder auch im «Schweizer Demokraten» steht, sondern – abgesehen von Volksinitiativen und Referenden – wie in Parlamenten gearbeitet wird. Die dortige Arbeit unserer Vertreter war in letzter Zeit allzu dünn und zum Teil auch widersprüchlich. Einzelne Exponenten handelten geradezu gegen das Parteiprogramm. Lieber wenige selbstlose Aktivisten als eine Menge von Mitgliedern und Kandidaten, die irrtümlich glauben, leicht ein Mandat holen zu können. Schliesslich sollten wir uns als Anhänger einer glücklichen Zukunft der Schweiz, aber auch der Welt, befreien von vorurteilsbehafteten Fixierungen, was «rechts» und was «links» sei.

Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat,
Dübendorf

nem geheim gehaltenen Abkommen wurde auch die militärische Beistandspflicht verankert für den Fall, dass eines der Länder angegriffen werden sollte.

F. William Engdahl schreibt in seinem Buch «Mit der Ölwanne zur Weltmacht» über diese Zeit (Zitat): *Nachdem England die Tripel entente und die Umzingelung Deutschlands gefestigt hatte, brach es eine Reihe von Krisen und regionalen Kriegen und Konflikten auf dem Balkan, dem sogenannten «weichen Unterleib Mitteleuropas» vom Zaun. Im sogenannten ersten Balkankrieg von 1912 unterstützte England insgeheim Serbien, Bulgarien und Griechenland und trieb sie zu einem Krieg gegen das schwache Osmanische Reich. Die Türkei verlor dabei die meisten seiner europäischen Besitzungen. 1913 brach über die Frage der Beute aus dem ersten der zweite Balkankrieg aus. Jetzt half es Rumänien, seinen Nachbarn Bulgarien zu zertreten. Die Bühne wurde freigemacht für Englands grossen europäischen Krieg.*

Ein bankrottetes England bläst zum Krieg!

Am 28. Juni 1914 erschoss ein gedungener serbischer Mörder in Sarajewo den Erzherzog und Thronfolger der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, Franz Ferdinand, und dessen Gattin. Da sich Serbien weigerte, den Mörder auszuliefern, kam es am 29. Juli 1914 zur Kriegserklärung gegen Serbien. Schon am folgenden Tage mobilisierte auch Russland, das mit Serbien einen Beistandspakt hatte. Daraufhin – am 31. Juli – mobilisierte das mit Österreich verbundene Deutsche Reich seine Truppen. Am 1. August überreichte der deutsche Botschafter dem Zaren in Petersburg die deutsche Kriegserklärung. Das Verteidigungsabkommen Russland-Frankreich trat nun in Kraft und Deutschland versuchte, möglichst rasch Frankreichs Befestigungsanlagen gegen Deutschland auszuschalten, indem es über Belgien in Frankreich einmarschierte. Acht Tage nach der Kriegserklärung Österreichs an Serbien forderte nun England ultimativ den Rückzug Deutschlands aus Belgien. Das kam einer Kriegserklärung gleich, und England trat auch selbst in den Krieg ein. 1914 spielte das englische Pfund dieselbe Rolle wie der US-Dollar vor dem 15. August 1971. So versteht sich auch ein Brief vom 1. August 1914 an Lloyd George, der jetzt aus den Archiven freigegeben wurde. Er lautet (Zitat): *Verehrter Herr Kanz-*

ler, das Kreditsystem auf das sich die Geschicke dieses Landes stützten, ist völlig zusammengebrochen. Es ist von ausserordentlicher Wichtigkeit, Schritte einzuleiten, um diesen Missstand unverzüglich zu beheben. Andernfalls können wir nicht damit rechnen, einen grossen Krieg finanzieren zu können, ohne dass unmittelbar mit seinem Beginn unsere grössten Häuser in den Bankrott gezwungen werden.

Daraufhin wurde das Bankengesetz von 1844 in Kraft gesetzt und alle Zahlungen in Gold- und Silberwährung untersagt. Diese und weitere Entscheidungen gaben der Bank von England grosse Geldmengen in die Hand. Sie sollte damit im Auftrag der Regierung in grossem Umfang Nahrungsmittel und Kriegsmaterial für den Krieg gegen Deutschland einkaufen. **(Nota bene: Das war einen Monat vor den tragischen Ereignissen von Sarajewo!)**

Am 4. August war die britische Finanzwelt zum Krieg gegen Deutschland bereit. Als eigentliche Geheimwaffe aber entpuppte sich später die Sonderbeziehung des Schatzamtes seiner Majestät zum New Yorker Bankensyndikat der Morgans.

Es war der britische Aussenminister Sir Edward Grey, der in den Monaten zuvor England zum Krieg antrieb. Seine Ziele waren:

- den aufsteigenden Rivalen Deutschland ein für alle Mal vernichten;
- über eine territoriale Neuordnung die uneingeschränkte Kontrolle über die wichtigsten Lagerstätten des als wichtig erkannten Erdöls für den eigenen Bedarf zu sichern;
- eine neue Weltordnung zu schaffen mit dem Ziel, die Vorherrschaft des Britischen Empire für ein weiteres Jahrhundert zu sichern.

Die Kosten des 1. Weltkrieges und der Schandvertrag von Versailles von 1919

Es wurde der blutigste und zerstörerischste Krieg der Geschichte bis anhin. Nach amtlichen Schätzungen errechnete man zwischen 16 und 20 Millionen Toten, wovon mehr als 10 Millionen Zivilisten.

Das britische Empire hatte in den vier Kriegsjahren etwa 500'000 Tote und etwa 2 Millionen Verwundete zu beklagen. Der Tod von über 100'000 arabischen «Freiwilligen» verteuerte in englischen Augen die Kosten des «billigen und raschen Siegs» nicht nennenswert.

Der Krieg war in Deutschland, anders als in England, ausschliesslich

Fortsetzung Seite 4

Kritisches Denken...I

Fortsetzung von Seite 3

durch Kriegsanleihen der eigenen Bevölkerung finanziert worden. Für Deutschland hatte kein Bankhaus Morgan Gelder im Ausland aufgetrieben. Deutschland war vielmehr systematisch von den internationalen Kreditmärkten ausgeschlossen worden. – Darüber hinaus hatten sich die Siegermächte alle für die Deutschen lebenswichtigen Wirtschaftsquellen angeeignet. Die Briten hatten sich die afrikanischen Kolonien unter den Nagel gerissen. Die zukunftssträchtigen Märkte des Osmanischen Reiches, die mit der Berlin-Bagdad Bahn hätten erschlossen werden sollen, waren dahin. Mit Elsass-Lothringen und den ostelbischen Gebieten waren wichtige Rohstofflager und landwirtschaftliche Nutzflächen vom Reichsgebiet abgetrennt. Deutschland hatte 75% seiner Eisenerzlager, 68% der Zinkerze und 26% der Kohlenvorräte und die gesamten Phosphatlager (Elsass!) eingebüsst. Die gesamte Handelsflotte wurde beschlagnahmt, ein Fünftel aller Binnenschleppkähne und ein Viertel der Fischereiflotte wurden konfisziert. Ausserdem wurden 5000 Lokomotiven, 150'000 Eisenbahnwaggons und 5000 Lastwagen beschlagnahmt; dies alles ohne Anrechnung auf die Reparationszahlungen von 120 Millionen Goldmark. Mit dem «Londoner Ultimatum» wurde Deutschland derart vergewaltigt, dass der Keim für den nächsten Krieg gelegt wurde. Man forderte nämlich die Zustimmung des Bundestages innert 6 Tagen, ansonsten das Ruhrgebiet militärisch besetzt würde. Die gleiche Sanktion wurde für den Fall verzögerter Reparationszahlungen angedroht.

In dieser verzweifelten Situation versuchte sich Aussenminister Walther Rathenau mit den Russen zu arrangieren. Es kam zum Rapallo-Vertrag mit dem Ziel, die Bedingungen des Versailler Vertrages zu erfüllen. Als Antwort erfolgten diplomatische Proteste der Engländer und der Franzosen sowie die Ermordung Rathenaus. **Wegen läppischen Verzögerungen der Reparationsverpflichtungen wurde am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet durch französische Truppen besetzt.** In der Folge wurden in Strafaktionen 150'000 deutsche Staatsbürger deportiert, 400 getötet und 2000 verwundet. Alles Bargeld wurde eingezogen und damit der Kollaps der deutschen Wirtschaft eingeleitet.

Der Dawes-Plan – Deutschland versinkt in Schulden!

Unter dem Dawes-Plan bezahlte Deutschland seine Schulden und Zinsverpflichtungen fünf Jahre lang



pünktlich und vollständig. Dies hatte den vorgeplanten Effekt, dass Deutschland 1929 nicht weniger sondern mehr Schulden hatte als zuvor. – In den Jahren 1924–1931 hatte Deutschland 10,5 Milliarden Mark an Reparationszahlungen geleistet, dafür aber aus Übersee 18,6 Milliarden Kredit aufgenommen. Was als «Erholung Deutschlands nach 1923» unter der Regie von Hjalmar Schacht und Montagu Norman galt, war in Wirklichkeit eine gewaltige Wechselreiterei der anglo-amerikanischen Banken. Man wiegte sich allgemein in Sicherheit, weil die in Deutschland an die Macht gesetzte Regierung keine Rapallo-Initiativen und keinen Widerstand gegen das Kommando der Siegermächte erwarten liess. Die aufgetürmte Schuldenpyramide musste aber einstürzen, sobald der Kreditstrom aus New York und London unterbrochen wurde. Und genau das passierte 1929!

Das Projekt Hitler!

1929 brach also als Folge des Versailler Vertrages das Finanzsystem zusammen. Spätere Untersuchungen ergaben, dass die Krise nie solche dramatische Ausmasse hätte annehmen müssen, wäre sie nicht durch mächtige Financiers in London und New York forciert worden mit dem Ziel, eine Wende in der europäischen Geopolitik herbeizuführen. In Italien wurde Mussolini als Vertrauensmann von J. P. Morgan gestützt und gefördert.

Die Bankenkrise und die Wirtschaftsdpression sowie die damit verbundenen tragischen Ereignisse in Deutschland und Österreich waren buchstäblich von Montagu Norman und dem Gouverneur der Federal Reserve Bank, Georg Harrison, diktiert worden. Man hatte beschlossen, Deutschland von allen Krediten abzuschneiden. Ein relativ kleiner Überbrückungskredit hätte verhindern können, dass die Krise ausser Kontrolle geriet. – Gleichzeitig machten die Siegermächte Deutschland für die Krise verantwortlich. Damit aber wurden die Voraussetzungen für den Siegeszug radikaler politischer Bewegungen geschaffen. – Mit der Ermordung von Ivar Kreu-

ger, welcher der Reichsregierung einen Überbrückungskredit von 500 Millionen Reichsmark angeboten hatte, stürzte jede Hoffnung auf einen zivilisierten Ausweg aus der Krise zusammen. – Und ein gewisser Hjalmar Schacht – ein Vertrauter der Bankiers, betrat das Schachbrett des «great game». Seit 1926 hatte er bereits im Geheimen die NSDAP von Adolf Hitler unterstützt. Dabei reichte die Unterstützung Hitlers bis in die höchsten Kreise der englischen Politiker – Neville Chamberlain gehörte ebenso zu den geheimen Förderern von Adolf Hitler wie sogar der Herzog von Windsor. Führende Wallstreet-Kreise und Regierungsmitglieder in den USA waren von Anfang an am «Projekt Hitler» beteiligt. – Oberst David Stirling, der Gründer der britischen Eliteeinheit «Special Air Service (SAS)» gestand ein halbes Jahrhundert später: «Der grösste Fehler, der uns Briten unterlief, war der, anzunehmen, wir könnten das Deutsche Reich gegen Russland ausspielen, in der Hoffnung, beide würden dabei verbluten.»

Tatsache ist, dass damals als Hitlers NSDAP bei den Wahlen 1930 knapp über 6 Millionen Stimmen erhielt, die entscheidende Unterstützung von Montagu Norman, F. C. Tiarks und dessen Freunden in London kam. Aber auch Royal Dutch Shell unterstützte die Partei reichlich. Gleichzeitig weigerte sich die Bank von England, Deutschland Kredite zu geben, womit das soziale Drama 1931 seinen Höhepunkt erreichte. Damit wurde ein Grossteil der Bevölkerung in die radikale Bewegung eines Hitlers getrieben. Sobald Hitler an der Macht war, wurde dann die deutsche Regierung grosszügig von der Bank von England mit Krediten versorgt! Und Hjalmar Schacht wurde Reichsbankpräsident; eine Stellung, die er bis 1939 behielt.

Der Zweite Weltkrieg – die alleinige Schuld des deutschen Volkes?

55 Millionen Tote blieben auf den Schlachtfeldern. Vor allem die deutschen Städte lagen zu einem bedeutenden Teil in Schutt und Asche. – Das britische Empire war in voller Auflösung begriffen.

– Millionen unschuldiger Zivilisten, Deutsche Juden, Roma, Polen und Angehörige der Kolonialvölker hatten den Wahnsinn mit dem Leben bezahlt oder waren invalidisiert.

– Die Führungsclique in den USA sah den Moment gekommen, die Rolle des britischen Empire zu übernehmen. England war in die Rolle des ergebenen Vasallen gedrängt (Ein Spiel, das England noch heute getreulich spielt!). Und Churchill organisierte in Fulton (Missouri) mit dem unerfahrenen Truman den Kalten Krieg mit dem Eisernen Vorhang. Damit wurde die Welt für Jahrzehnte in eine unheilvolle Spannung und Spaltung gestürzt. Aber...

Da stellen sich Schuldfragen!

– Wieso mussten noch im Frühjahr 1945 deutsche Städte – ohne jegliche militärische Bedeutung – zusammengeschossen werden – mit Hunderttausenden von Toten (Frauen, Kinder, alte Männer)?

– Sind Stichworte wie Köln (Dom!), Dresden mit Hunderttausenden von Flüchtlingen, Berlin, Nagasaki und Hiroshima einfach aus der Erinnerung zu streichen?

– Wieso wurden 1944/1945 die Zufahrtswege zu den Konzentrationslagern nicht bombardiert, aber gleichzeitig Denkmäler aus der Kunst und Geschichte zusammengeschossen?

– Wieso mussten Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener und Ostflüchtlinge nach dem Ende der Feindseligkeiten unter höllischen Bedingungen krepieren?

Die Frage nach den Verantwortlichen ist mit aller Härte zu stellen!

Und wie weiter?

Die anglo-amerikanischen Öl-Interessen gingen aus dem Zweiten Weltkrieg auf der ganzen Linie gestärkt hervor. Das zeigte sich vor allem in den Vereinbarungen für eine neue Weltordnung, die 1944 in Bretton Woods ausgehandelt wurde. IWF, GATT und Weltbank wurden so eingerichtet, dass die USA und England jeweils das Sagen hatten. Dank dem an das Gold gebundenen fixen Wechselkurs hatte die FED während des Krieges Unmengen an Gold in ihren Tresoren konzentrieren können und spielte diese Karte jetzt hemmungslos aus. Die USA gaben sich in Schlüsselbereichen ihrer Aussenpolitik noch imperialistischer als früher die Briten. Unterdessen ist klar, dass die USA die Rolle der Briten voll übernommen hat – nur arroganter, rücksichtsloser und überheblicher. Hemmungslos setzen sie ihre Absichten und Interessen mit Hilfe ihrer Geheimdienste mit verdeckten Kriegen (Mittel- und Südamerika, Naher Osten), mit gezielten Tötun-

Fortsetzung Seite 5

Ist die Scharia «gar nicht so schlimm»...?

Nach dem Umsturz in Libyen ist das Land nun auf dem Weg in Richtung Neuanfang. Die Medien blicken mit grosser Zuversicht auf das, was dort kommen möge. Gar von «demokratischen Zügen» wird gesprochen – und das «nur», weil zumindest «faire» Wahlen angekündigt wurden. Erst kürzlich berichtete ein Korrespondent des ZDF aus dem Land. Man wollte entstandenen Vorurteilen nachgehen, wonach die Scharia, das islamische Gesetz, eingeführt werden soll. Dass dies so kommen wird, haben selbst die Übergangspolitiker der Regierung festgestellt. Doch was soll man nun davon halten: Ist die Scharia ein «Rechtssystem wie jedes andere», wie es eine hochgebildete libysche Studentin im Interview äussert? Oder wird die Zeit nach dem Diktator für einige Bevölkerungsschichten noch viel schlimmer als je zuvor?

Libyen bietet durch die grosse Aufmerksamkeit, die dem Land derzeit zuteil wird, eine gute Basis dafür, sich selbst ein Bild davon zu machen, was Scharia heisst. Glaubt man dem ZDF-Korrespondenten, so sind die Horrorbilder unmenschlicher Strafen in den arabischen Ländern nicht mehr zeitgemäss. Kaum noch würden die brutalen Praktiken angewandt, viel eher sei ein Grossteil der Bevölkerung kritisch und gehe in der Scharia von einem gerechten Konzept aus. Schwierig wird das zu glauben, wenn man sich bewusst wird, woher die Scharia rührt. Bereits im Koran wird zu teils grenzenloser Gewalt aufgerufen – und daran orientiert sich das islamische Recht. Scharia ist nicht mit



einem freiheitlichen Rechtssystem nach unserem Verständnis zu vergleichen – immerhin ist das unsrige ein weltliches, die Scharia ein religiöses. Zweifelsohne ist auch unsere Verfassung von vielen christlichen Elementen gezeichnet. Und keiner kann leugnen, dass nicht auch die Bibel viele Kapitel Horrorgeschichten enthält. Trotzdem ist das Christentum in seiner Entwicklung so weit, dass selbst bibeltreue Christen wohl kaum mehr die grausamen Strafen fordern, die ihre «Heilige Schrift» für manches Verbrechen vorsieht. Während dem Islam eine Phase der Aufklärung bis heute fehlt, erkennt das Christentum den symbolischen Charakter seiner Bibel. Und das macht sich auch in unserem Recht deutlich. Frauenrechtlerinnen gehen auf die Barrikaden, wenn davon gesprochen wird, dass die Scharia heute nur noch selten mit

ihrer Härte zur Anwendung komme und doch eigentlich «gar nicht so schlimm» sei, wie es manche Bürger auf Libyens Strassen meinen. Und wie präsent das Thema «Scharia» ist, mag man spätestens bei Forderungen erahnen, wonach in Dänemark darüber nachgedacht wird, in überwiegend von Muslimen bewohnten Regionen die Scharia als gültiges Rechtsverständnis zuzulassen. Sicher mag niemand etwas von abgehackten Händen, Peitschenhieben und Verstümmelungen wissen – doch es bringt uns wenig, wenn wir die Augen vor der Wahrheit verschliessen. Seien es Länder in Afrika oder in der sonstigen arabischen Welt: Spätestens wenn die Menschenrechtsorganisationen dieser Erde ihre Beispiele von der Anwendung des islamischen Rechts in jedem Jahr neu präsentieren, wird deutlich, dass es sich in der Scharia

nicht um ein auslaufendes Modell oder gar um Einzelfälle handelt. Und man mag Muslimen, die noch nie etwas von säkularisiertem Denken gehört haben, auch nur schwer übel nehmen, wenn sie die Aufregung um ihr Rechtssystem gar nicht verstehen. Daher scheint es auch viel schlimmer, wenn gerade westliche Staaten, die immer wieder neu auf die Einhaltung von Menschenrechten setzen – oftmals aber leider selbst im Umgang mit Todesstrafen und ähnlichem noch wenig zimperlich sind – eine innere Gelassenheit ausstrahlen, wenn es um den Vormarsch der Scharia auch in ihren Ländern geht. Die Scharia ist mit dem christlichen und westlichen Verständnis von Recht und Gerechtigkeit nicht zu vereinbaren. Ihr totalitärer Anspruch, der sich wiederum aus den Suren des Korans ergibt, bricht alle Rechtssysteme, die ihr zuwider stehen. Solange der Islam und die muslimische Basis nicht den Weg durchschritten haben, den Christen durch die Aufklärung hinter sich haben, und ihre Religion und ihre Schriften reflektiert und exegetisch betrachten, kann auch die Scharia keine Akzeptanz in unseren Grundwerten finden. Diese Einsicht mag man auch denen wünschen, die aus Liebe zu endloser Toleranz in ihrem leichtfertigen Umgang mit dem islamischen Rechtssystem verblendet sind. Übrigens: Selbst wenn die Medien nur von wenigen Vorkommnissen berichten, ist das Blenden bis heute ein anerkanntes Standardverfahren der Selbstjustiz innerhalb der Scharia.

Dennis Riehle, Konstanz (D)

Kritisches Denken...I

Fortsetzung von Seite 4

gen (Mattei bis Jörg Haider) und mit offenen Kriegen durch (Iran/Irak, Golfkriege, Bosnien, Kosovo/Serbien, Irak, Afghanistan).

Seit dem Golfkrieg 1991 nutzt die «US-Army» unter stillschweigender Duldung der NATO-Verbündeten urangehärtete Bomben und Granaten, obwohl eine Studie der britischen Atomenergiebehörde schon 1992 warnte, dass beim Einsatz von 40 Tonnen dieser Munition bis zu 500'000 Todesopfer im Irak durch radioaktive Verseuchung zu erwarten sind. Im Krieg 1991 wurden aber allein 320 Tonnen eingesetzt.

Die Folgen des Einsatzes dieser Waffen in Bosnien, im Jugoslawienkrieg,

in den Golfkriegen und in Afghanistan können einen mit Schrecken erfüllen. Im Libanonkrieg 2006 soll sogar noch mit Waffen experimentiert worden sein, die noch höhere Vernichtungspotenziale aufweisen als die schon bald «klassischen» urangehärteten Geschosse.

«Ein Verbrechen gegen Gott und die Menschheit» nennt der US-amerikanische Friedensforscher Doug Westerman den Einsatz von Uranmunition. Uranwaffen sind Massenvernichtungswaffen und müssen weltweit geächtet und verboten werden. **Der Hauptzweck der modernen Waffen der USA** – nach dem Urteil massgeblicher Fachleute ist es die perfekte Waffe, um massenhaft Menschen umzubringen und die USA haben ein jährliches Militärbudget, das grösser ist als die Summe aller Budgets

sämtlicher anderer Staaten dieser Welt. Wen wundert es, wenn Gerüchte zirkulieren, wonach führende Köpfe der US-Prominenz eine Verminderung der Menschheit um mehrere Milliarden in den kommenden Jahrzehnten anstreben?

Die Beurteilung der (noch) einzigen Supermacht auf dieser Welt

Die USA haben allein in den letzten sechs Jahrzehnten die Genfer Konventionen immer und immer wieder gebrochen und mit Füssen getreten – besonders in den letzten Jahren in Sachen Uranmunition.

Das Recht steht über der Macht. Das Recht der Haager und Genfer Konvention, der Nürnberger Dekrete und der UN-Charta müssen der Macht Grenzen setzen und ihr Respekt vor den Grundwerten der

menschlichen Gemeinschaft lehren. Wir stellen auf diesem Gebiet riesige Defizite fest, die vor allem auf das Konto der Grossmächte gehen.

Lieber Freund, verstehen Sie jetzt, wieso ich gegenüber der US-Politik skeptisch eingestellt bin? Nach dem Studium der Bücher von Daniele Ganser (Geheimarmeen) und von Frieder Wagner (Uranbomben) bin ich überzeugt, dass die USA und England eine Legion ranghöchster Politiker und Militärs besitzen, die mehr als ein Saddam Hussein, Mubarak oder Gaddafi, dringender als ein Assad usw. vor ein internationales Tribunal gehörten. Es sind Zyniker der Macht, denen das Leiden von Millionen heute lebender und noch ungeborener Menschen völlig gleichgültig zu sein scheint.

Wichtige Ereignisse des Herbstes 2011

Die Gedenkfeiern zum 10. Jahrestag der Anschläge auf die «Twin Towers» in New York

«2983 Namen und unendliche Trauer», titelte die Berner Zeitung über dem Bild der Ehepaare Bush jun. und Obama, die beim Abschreiten des Memorials in New York gezeigt wurden.

Mit unüberbietbarer Perfidie wurde die offizielle Darstellung des Terroraktes dem Publikum erneut eingehämmert und kein Wort des Zweifels an dieser Darstellung zugelassen. Dies, obwohl gleichzeitig wissenschaftliche Untersuchungen bekannt wurden, die höchste Zweifel an der Stichhaltigkeit der «offiziellen Wahrheit» rechtfertigen.

Zur Erinnerung: *Allein im letzten Jahrhundert wurde das amerikanische Volk mindestens fünfmal zur Kriegswilligkeit getrimmt, indem man ihm feindliche Angriffe, Überfälle oder Gefährdung der nationalen Sicherheit vorgaukelte!*

Kein Wort wurde verloren über die Opfer der beiden Kriege, welche die USA sofort anschliessend vom Zaune gerissen haben. – Zehntausende von Afghanen haben mit dem Leben bezahlt, weil ihre Führungskräfte – die Taliban – der USA nicht in gewolltem Umfange bei der Sicherung der Energieträger aus dem kaukasischen Raume zudienten. (*Angeblich jedoch, weil sie Bin Laden nicht bedingungslos auslieferten!*)

Im Laufe des zehnjährigen Krieges haben Tausende Unschuldige als «Kollateralschäden» ihr Leben bei den Raketenangriffen und bei Droheneinsätzen der US-Truppen verloren. Unzählbar sind die Invalidisierten und die genetisch Geschädigten durch den Einsatz von urangehärteter Munition. Und – ein Grossteil der afghanischen Städte liegt in Trümmern.

Doch darüber verloren die Amerikaner bei diesem traurigen Jubiläum kein Wort des Bedauerns oder des Mitleids.

Der – angeblich ebenfalls als Reaktion auf das World Trade Center-Attentat vom Zaun gerissene zweite Golfkrieg, der – wie wir alle wissen – mit lauter Lügen der amerikanischen Regierung begründet wurde, hat schätzungsweise 100'000 Irakern das Leben gekostet. Nicht eingerechnet die 5000 Kinder die schon vorgängig als Folge der Blockadepolitik der Amerikaner ihr junges Leben aushauchten. Etwas, dass sich laut der Aussage der seinerzeitigen amerikanischen Aussenministerin M. Albright gelohnt habe. – Dazu passt die Aussage des früheren US-Notenbankchefs Alan Greenspan, der in seinen Memoiren zugibt: *«Ich bin betrübt, dass es politisch unbequem*



ist, festzustellen, was jeder weiss: Im Irakkrieg geht es im Wesentlichen um das Öl!»

Die Heuchelei der USA über den (vermutlich selbst organisierten) Verlust von 0,001% des Volkskörpers am 11. September 2001 ist angesichts der Verluste, welche die amerikanischen Aggressoren in den letzten 50 Jahren verschiedenen anderen Völkern zufügten, unüberbietbar.

Die Vorgänge im nahen Orient mit den aktuellen Brennpunkten Libyen und Syrien sind weitere zu betrachtende, weltpolitisch wichtige Ereignisse. Bei früherer Gelegenheit gab ich meiner Überzeugung Ausdruck, dass seit Jahren die Aufstände in der arabischen Welt durch die Geheimdienste CIA, MI 6, Mossad usw. vorbereitet wurden. Da die Umstürze nicht nach den Mustern der «farbigen Revolutionen» in Gang kamen, mussten neue Vorgehensweisen erprobt werden. Mit Erfolg – wie dies Ägypten und Tunesien zeigen. Nicht funktioniert hat der Umsturzversuch im Iran – sehr zum Ärger der Amerikaner. In Libyen klammerte sich Gaddafi mit erstaunlicher Hartnäckigkeit an die Macht, die ihm unter dem Bombardement der NATO-Streitkräfte buchstäblich zwischen den Fingern zerbröselte.

Den Vorgängen in Syrien müsste eigentlich ein ganzes Buch gewidmet werden. Sicher ist, dass schon im Februar 2011 mit Hilfe der modernen Kommunikationsmittel versucht wurde, eine Revolution in Gang zu bringen. Dank der mit Präsident Bashar al-Assad's solidarischen Haltung eines Grossteils der Bevölkerung und des entschlossenen Eingreifens des Militärs ist das Regime bis zum Tage des Schreibens dieses Kommentars noch nicht zusammengebrochen.

Trotz übelster Verleumdungspropaganda der Organisation von Wirtschaftssanktionen durch die USA und den von Hillary Clinton getragenen Anklagen wegen inhumanen Vorgehens von Syriens Militär haben die USA Mühe, Assad in die Knie zu zwingen. Dies mag auch mit den unerschämten Forderungen an die

Adresse von Bashar al-Assad zusammenhängen.

Hizub ut-Tarir – eine islamistische Organisation mit Sitz in London, deren Verantwortliche alle hohe Kaderpositionen in anglo-amerikanischen, multinationalen Konzernen besetzen, droht mit der Eskalierung der Gewalt, solange Assad nicht mit dem Iran breche und die Unterstützung des Widerstandes in Palästina, im Libanon und im Irak nicht einstelle.

Damit wird der Hintergrund des «arabischen Frühlings» klar. Alles muss im Nahen Osten geändert werden, damit sich nichts ändert und die Amerikaner resp. ihre Öl-Konzerne weiterhin die Herren des Raumes bleiben!

Der letzte hier angesprochene Bereich grösster Sorge ist die sich dauernd weiter verschärfende Finanz- und Wirtschaftskrise.

Dabei ist sowohl die Stabilität des Dollars längst dahin als auch die Stabilität der Eurozone hochgradig gefährdet. Dies betrifft uns sehr direkt, – die Aufwertung des Schweizer Frankens beweist es – verdienen wir doch rund die Hälfte unseres BIP im Verkehr mit dem Ausland, insbesondere mit dem Euro- und Dollarraum. Da sowohl die USA wie auch die Euro-Länder in dieser Situation verzweifelt nach auswertbaren Quellen suchen, brauchen uns die Angriffe auf unsere Banken, insbesondere die beiden Grossbanken – nicht zu verwundern. In ihrer Gier nach riesigen Boni haben die Banker aller Nationalitäten die letzten Jahre schamlos genutzt – unbekümmert um ethische Normen und Forderungen des Anstandes. Allerdings dürfen in dieser Situation die Politiker, die den Bankern offensichtlich willig zudienten und sich mit der Deregulierung der Bankgeschäfte freie Bahn für ihre Raubzüge verschafften, nicht aus der Schusslinie genommen werden. Seit 2008 wurden zahlreiche gescheiterte Analysen über die Ursachen der Krise publiziert. Zur wirklichen Lösung der Probleme aber wurde wenig oder nichts gemacht. So verpulvern die Amerikaner noch immer Milliarden für ihre Kriege resp. für die militärische Rüstung; angeblich

immer zur Sicherung ihrer nationalen Integrität. Die Verschiebung der Schulden von den Banken auf die Staaten brachte und bringt zahlreiche Staaten in das Schuldendilemma und rettet sinnigerweise die an der Misere verantwortlichen Banker. Opfer sind vor allem die Steuerzahler resp. die Lohn- und Rentempfänger; die Sparzwänge werden die Arbeitslosenzahlen noch mehr in die Höhe schnellen lassen. So gibt es schon jetzt Staaten mit bis zu 20% Arbeitslosen (USA, Spanien, Griechenland, etc.). Die Boni-Ritter der Bankenbranche haben weiter Gelegenheit, dick abzusahnen; die Flutung der Märkte mit Unsummen von Papiergeld wird uns inflationäre Entwicklungen bringen, die an die 20-er Jahre des letzten Jahrhunderts erinnern werden. – Die sozialen Spannungen in den am schlimmsten betroffenen Ländern nehmen gerade gegenwärtig akut zu und wir tun gut daran, uns auf schlimme Entwicklungen gefasst zu machen. Jedenfalls ist es völlig falsch, gerade in dieser Zeit das Problem der Sicherheit in unserem Lande herunterzuspielen und die noch vorhandene Armee weiter zu dezimieren.

Als ein Hinweis auf das, was zu tun wäre, mag die Tatsache gelten, dass bis 1971 – als der Wert des Dollars fest an das Gold gebunden war, eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung im ganzen Dollarraum festzustellen war. Die Aufhebung dieser Bindung durch Präsident Richard Nixon und die nachfolgenden vom amerikanischen Kongress sanktionierten Deregulierungen waren die Geburtsstunden der ungehemmten Finanzspekulationen. Diese führten schliesslich in den Kollaps des ganzen Systems. Prof. William K. Black (University of Kansas City) meinte 2009: *«Die Bush-Regierung hat praktisch alle Vorschriften abgeschafft. Wenn gerade niemand hinsah, konnte man sich die unerschämtesten Betrügereien leisten, und genau das geschah.»*

Und zudem hat diese Regierung auf die strafrechtliche Untersuchung der bekannten Betrügereien verzichtet. Die heutige Biologieprofessorin und frühere Optionen-Händlerin Dagmar Iber stellt fest:

«Die Auf-und-ab-Zyklen, die man im Finanzmarkt sieht, gibt es in jedem Räuber-Beute-System. Diese werden durch die chronische Gier des Räubers provoziert.»

Wir müssen uns darauf einstellen, den Räubern keine Gelegenheit zu

Fortsetzung Seite 7

Nobelpreisträger Konrad Lorenz warnte vor den Folgen der Überbevölkerung

Erst kürzlich feierte die Welt die Geburt des siebenmilliardsten Erdenbürgers. Eine Zahl die für viele besorgniserregend ist und nachdenklich stimmt. Es gab auch Stimmen – wie der der Genfer Jean Ziegler – die meinten, dass genug Nahrung auf der Welt auch für 12 Milliarden Menschen vorhanden wäre. Er bezog sich dabei auf eine UNO-Studie. Jean Ziegler und seine UNO sollten jedoch wissen, dass die Hungersnot seit Jahrzehnten ein ungelöstes Problem auf unserem Globus ist. Ich erinnere mich an die «Neger-Kässeli», die vor rund 50 Jahren in den Kirchen aufgestellt waren. Wenn man eine Münze einwarf, nickte das «Negerli». Das Hungerproblem in Afrika war also schon damals – bei einer geringeren Bevölkerung auf diesem Kontinent – eine traurige Tatsache.

Nicht nur ein Nahrungsproblem

Bei der Anzahl auf unserem Planeten lebenden Menschen besteht jedoch nicht nur ein ungelöstes Nahrungsproblem. Dazu schrieb der Verhaltensforscher und Nobelpreisträger von 1973, Konrad Lorenz, gestorben 1989, mehrere Bücher. Bekannt und berühmt wurde Konrad Lorenz bei der Verhaltensforschung mit seinen Gänsen. In seinem Buch über «die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit» schrieb er: Unsere Nächstenliebe wird durch die Massen der Näch-



ten, der Allzunahen so verdünnt, dass sie schliesslich nicht einmal mehr in Spuren nachweisbar ist. Das Zusammengepferchtsein vieler Menschen auf engstem Raum führt nicht nur mittelbar zu Erschöpfung und Versandung zwischenmenschlicher Beziehungen, es löst auch ganz unmittelbar aggressives Verhalten aus.

Lorenz in Kriegsgefangenschaft

Aus eigener Erfahrung schreibt Konrad Lorenz weiter in seinem Buch: Wer es nicht in Kriegsgefangenschaft oder in einer ähnlichen Aggregation vieler Menschen selbst erlebt hat, kann nicht ermes- sen, welche Grade die kleinliche Reizbarkeit erreichen kann.

Wichtige Ereignisse des Herbstes 2011

Fortsetzung von Seite 6

geben, ihre Eier auszuleben. Der jüngste Fall des zwei Milliarden-Betrügers – 31-jähriger Direktor der UBS – illustriert diese Aussage.

Schlimm sind auch die neuesten Garantien zahlreicher Zentralbanken (inkl. SNB), den Banken unbegrenzte Kredite zur Verfügung zu stellen. Statt die Hochfinanz ihre Suppe selber auslöffeln zu lassen, wird nun dem Steuerzahler, den Lohn- und Rentempfängern der schwarze Peter zugeschoben.

Wenn jetzt der amerikanische Finanzminister Geithner noch glaubt, die Finanzminister der Euro-Länder senkeln zu müssen – selbstverständlich im Sinne der überschuldeten USA resp. deren Grossbanken – ist daran zu denken, dass dieser Herr Geithner als Mitglied des Council on Foreign Relations sowohl bei den Demokraten wie zuvor bei den Republikanern regierungsfähig war und ist. Da kommt der berühmte Ausspruch

von Amschel Mayer Rothschild aus dem Jahre 1838 zur Geltung: Der lautet:

«Gebt mir die Befugnis, das Geld eines Landes zu drucken und zu kontrollieren, dann schere ich mich nicht mehr darum, wer seine Gesetze macht.»

Bekanntlich ist die amerikanische Notenbank (FED) im Besitze einiger Grossbanken!

Nun sind die Politiker gefordert, den Bonus-Ritern ihr lukratives Spiel zu verunmöglichen. Appelle an Ethik und Anstand genügen offenbar nicht – gesetzlich verankerte Spielregeln sind dringend erforderlich. Ob sich dazu eine Parlamentsmehrheit finden lässt, hängt offensichtlich von der Einhaltung des Treueschwures ab, der zu Beginn jeder Legislaturperiode zu Gunsten des ganzen Volkes geleistet wird.

Hoffen wir das Beste! Wie sagt man doch so schön? **Die Hoffnung stirbt zuletzt!**

Hans Spitz, Köniz

Mittelbar trägt die Überbevölkerung zu sämtlichen Übelständen bei. Den Glauben, dass man durch entsprechende «Konditionierung» eine neue Sorte von Menschen erzeugen könne, die gegen die üblen Folgen von engstem Zusammengepferchtsein gefeit sind, halte ich für einen gefährlichen Wahn.

Verhalten von Tier und Mensch

Konrad Lorenz erforschte das Verhalten von Tieren und Menschen. Man denke nur an die Auswirkungen in der Schweinezucht, wo die Tiere einander Schwänze und Ohren abbeissen. Der Dichtestress kennt man auch bei den Hühnern, die sich gegenseitig die Federn auspicken. Gerade in den letzten Jahren stellt man auch eine zunehmende Aggressivität unter den Menschen fest. Man denke dabei nur an das Verhalten der Leute in den öffentlichen Verkehrsmitteln, auf Bahnhöfen, an sportlichen Anlässen usw. wo immer mehr Rücksichtslosigkeit und sogar Gewalt herrscht.

Der Abbau des Menschlichen

In einem seiner weiteren Bücher weist Konrad Lorenz mit schmerzhaftem Nachdruck darauf hin, dass von der Einsicht über die Wirkungszusammenhänge der Natur die Zukunft der Menschheit abhängen wird. Als Biologe und Arzt kann er sich aber nicht damit zufriedengeben, nur den Finger auf die Wunde zu legen. Er warnt vor dem Zerfall unserer Zivilisation und Kultur und weist den Weg zu therapeutischen Gegenmassnahmen. Diese Aussagen machte Lorenz vor rund dreissig Jahren.

Freude am Wachstum

Wörtlich schreibt Konrad Lorenz im Buch unter diesem Titel: Der

Mensch hat Freude am Wachstum. Der Bauer freut sich, wenn sein Getreide gut wächst, wenn er ein neues Feld erwerben oder sein Haus vergrössern kann, wenn seine Herde einen erfreulichen Zuwachs aufweist. In seinem Heimatdorf wurde jeder Neubau als Gewinn empfunden. Bäume wachsen im Gegensatz zum Wirtschaftsunternehmen auch. Nur ist das Wachstum bei Pflanzen räumlich begrenzt. Im Winter legt die Natur eine Ruhepause ein. Anders sieht es bei Unternehmen aus. Das investierte Kapital verlangt das ganze Jahr mitleidslos nach Rendite.

Wachstum und Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz

In der Schweiz hat die Bevölkerung alleine in den letzten vier Jahren um 320'000 Personen zugenommen. Die Schweizer Wirtschaft brauche diese Arbeitskräfte, ohne Rücksicht auf die Natur, den Energieverbrauch und den zunehmenden Strassenverkehr. Vorläufig wird weiter auf Einwanderung gesetzt, ohne die Auswirkungen der bereits vorhandenen Überbevölkerung und Überfremdung in unserem Land zu berücksichtigen. Die Wirtschaft brauche mehr Leute. Manche Wachstumsfanatiker träumen schon von 10 Millionen Einwohnern in der Schweiz. Das Schweizervolk stimmte – auch unter falschen Versprechungen – für offene Grenzen und für die Personenfreizügigkeit.

Die Folgen dieses Fehlentscheides wird die Schweizer Bevölkerung spätestens bei der kommenden Rezession zu spüren bekommen.

Schwarzenbach-Initiative 1970

Genau diese jährliche Masseneinwanderung wollte die damalige Nationale Aktion (heute Schweizer Demokraten) stoppen. So klebte ich – zusammen mit meinem Vater und mit Parteifreunden – für die Abstimmung vom 7. Juni 1970 zahlreiche Plakate. Die Initiative erreichte immerhin einen Ja-Stimmenanteil von 46 Prozent. Damals waren rund 800'000 Ausländer in der Schweiz, vorwiegend Italiener und Spanier. Heute zählen wir mehr als doppelt so viele Ausländer (eingebürgerte nicht mitgezählt) in unserem Land und vertreten bei uns nahezu jede Nation. Nach meiner Ansicht kann nur noch eine Rezession diesen Wachstumswahn stoppen.

Kurt Koller, Lichtensteig

Die Lobeshymnen auf Frau Widmer-Schlumpf werden unerträglich!

Eine Antwort an Markus Dietschi, Vizepräsident BDP/SO (BeZ vom 7. November 2011)

Das Beste für die Schweiz – Herr Dietschi – wäre, wenn Frau Widmer selber auf die Wiederwahl als Bundesrätin verzichten würde – aus Einsicht! Damit könnte sie den Weg frei machen für eine im Konkordanzsystem eingebettete Bundesregierung.

Wodurch hat Frau Widmer-Schlumpf die zahllosen Lobeshymnen der vereinigten SVP-Gegnerschaft wirklich verdient? Durch ihre Leistungen als Bundesrätin? Ein Witz!

Haben Sie vergessen, dass
– sie durch ein mieses Spiel gegenüber der eigenen Partei den überaus tüchtigen Bundesrat Blocher aus dem Amt verdrängt hat!

– sie Millionen an Steuergeldern durch den Hinauswurf von Spitzenbeamten, zuerst aus dem EJP, dann aus dem EFD, verschleudert hat!

– sie das Migrationsamt in eine Krise stürzte und dann die Konzertpianistin Sommaruga in die Nessel setzte, was uns jetzt noch jährlich Millionen kostet!

– sie den Titel als «Schweizerin des Jahres» mit Hilfe eines üblen Spiels des Fernsehens errang. Bis

dahin war sie lediglich durch ihr verräterisches Spiel gegen die eigene Partei aufgefallen.

Sie werfen der SVP-Führung die damals konsequente Haltung vor und behaupten, Frau Widmer-Schlumpf sei dank ihrer jahrelangen kompetenten Arbeit in Chur zur Bundesrätin gewählt worden. Nichts ist falscher als diese Aussage!

– Wenn die SVP-Führung die einstimmigen Beschlüsse ihres Zentralvorstandes und ihrer Delegiertenversammlung missachtet hätte, wäre sie als politisch unfähig zu bezeichnen gewesen.

– Frau Widmer-Schlumpf wurde

nur und nur deshalb gewählt, weil sie sich in das Lumpenspiel der Blocher-Gegner einspannen liess.

– Den Mitgliedern der Bundesversammlung war sie lediglich als Tochter von alt Bundesrat Leon Schlumpf und keineswegs wegen spezieller Leistungen bekannt.

Die Umfragen in der Bevölkerung beweisen nur, dass die vierte Kraft im Lande – die Massenmedien – sehr wohl erfolgreich Stimmung machen können. Man muss nur genügend nachhaltig und frech lügen, dann bleibt sicher etwas hängen!

SD-Redaktion

Zum Nachdenken

Griechenland: Die amerikanische Anwaltskanzlei Cleary Gottlieb Steen & Hamilton hat im Juli 2011 den Auftrag erhalten, die Austrittskosten und juristischen Konsequenzen abzuklären, wenn Griechenland aus der Eurozone austritt und Zahlungsunfähigkeit erklärt.

Und das gedacht: Wie verträgt sich dieser Auftrag mit der immer wieder beschworenen Rettung Griechenlands durch die EU-Institutionen. Streuen uns die Spitzenfunktionäre und Spitzenpolitiker Sand in die Augen?

Heuschrecken und Seidenraupen sollen als Eiweisslieferanten genutzt werden. Das will die EU-Kommission erreichen. Zu diesem Zwecke hat sie mit 3 Millionen Euro ein Forschungsprojekt gestartet, das die Verträglichkeit dieser Viecher für die menschliche Ernährung abklären soll. Gegebenenfalls soll dann in Kindergärten und Schulen der Insektenverzehr «geübt» werden und die Fleischesser «madig» gemacht werden.

Und das gedacht: Ob solchen Ausichten freuen sich doch wohl die Vegetarier. Aber halt – sind denn

Heuschrecken und Seidenraupen nicht auch Tiere? Auf welche Abwege geraten wir, lassen wir es weiterhin zu, dass die Zahl der Menschen immer weiter explodiert und die natürlichen Gleichgewichte zerstört werden?

Auch eine Entschärfung der Überbevölkerung! Nach Mitteilung der «International Christian Concern» zwingen somalische Moslem-Gruppen die Hilfsorganisationen am Horn von Afrika, ausländische Lebensmittelspenden keinesfalls an Christen zu verteilen. Diese sollen verhungern.

Und das gedacht: Diese Art «Kampf dem Bevölkerungswachstum» – ist recht eigentlich als Genozid zu beurteilen. Mit welchem Recht wird eigentlich an unser humanitäres Gewissen appelliert, weiterhin Hilfe in dieses Hungergebiet zu senden? Mir reicht es!

Tony Blair wird entzaubert! Ein Geheimdienstexperte hat Einzelheiten über die von Tony Blair im Jahr 2002 angeordnete Erstellung eines Geheimdienstberichtes durch MI6 mit «erfundenen Beweisen» für die Gefährlichkeit von Saddam Hussein veröffentlicht.

Mit dessen Hilfe wurden die Briten kriegswillig getrimmt!

Und das gedacht: Jetzt haben wir es schriftlich, dass der britische Gentleman Blair wenigstens nur gelogen und nicht gemordet hat wie sein Kollege Bush im fernen Amerika, um seinem Volk einen Krieg schmackhaft zu machen. Damit allerdings befindet er sich in der alten britischen Tradition der Schaukelpolitik gegenüber Europa und den Kolonialvölkern.

Jugendarbeitslosigkeit in den USA auf Rekordhöhe: Im District of Columbia sollen 50,1% der 16- bis 18-Jährigen arbeitslos sein; in Kalifornien lauten die Zahlen 36,2% und in Georgia 35,7%, usw. Merkwürdig, dass in unserer Presse wenig oder nichts von Jugendunruhen in den Vereinigten Staaten zu lesen ist!

Und das gedacht: Unsere Informationen durch die Massenmedien werden offenbar gefiltert; auch eine Art von Belügung. Diese Zahlen aber sind erschreckend; die USA haben bis heute solche Probleme stets durch Kriege entschärft und es besteht gewiss die Gefahr, dass erneut – trotz gegenteiliger Versi-

cherungen von Obama – durch forcierten Aufbau der Armee das Problem gelöst werden soll. Die Folgen malt man sich besser nicht aus!

Sagt Ihnen der Name «Wellershoff» etwas? Der frühere Chefökonom der UBS prognostiziert für Deutschland und Österreich den Verlust eines grossen Teils der Ersparnisse als Folge der heutigen Finanzmisere. Er schweigt sich aus, ob der Weg über eine Superinflation oder exorbitante Steuern gehen wird.

Und das gedacht: Da die Schweiz die meisten Dummheiten zurzeit tapfer mitmacht, werden wir wohl auch mit einem blauen Auge aus dieser Krise herauskommen.

Haben Sie das Interview mit Edmund Stoiber in der Weltwoche vom 15. September gelesen? Nein!

Und das gedacht: Dann haben Sie nichts Gutes verpasst! Er hat sich als uneinsichtiger, sturer, überheblicher, zentralistisch eingestellter Politiker geoutet, der offenbar zu keinerlei Einsichten fähig ist und das Lebensrecht der Kleinststaaten verachtet.

Tino Giacomo

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern: Höck (Vorstandssitzung, Gäste sind stets eingeladen!) im Restau-

rant «Jäger», Murtenstr. 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort ca. 5 Min. zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung: Höck im Restaurant «Blume», Wülfingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (bei einem Feiertag eine Woche später).



Kantonalsektion St. Gallen: Stamm am letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahn-

hofs. Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am 1. Montag des Monats Stamm ab 20 Uhr. Jetzt neu in der «Sportbar» an der Rheinstrasse 4 in Liestal. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch

**Kanton Zürich****Votum von Gemeinderat Patrick Blöchliger (SD) zum Postulat Ueli Brassler (SD) betr. Volksschule, Erhalt der hiesigen Mundart**

(Sinngemässe Zusammenfassung des frei vorgetragenen Votums)

Die Sprache unserer Kulturgemeinschaft ist «Schwiizertütsch» in verschiedenen, z.T. sehr lokal geprägten Varianten und Nuancen. Sie hat sich aber in den letzten Jahrhunderten ähnlich wie etwa das Niederländische in verschiedener Hinsicht weit vom Deutschen entfernt, welches heute stark standardisiert ist. Unser «Schwiizertütsch» unterscheidet sich vom Hochdeutschen, das wir schreiben, nicht nur im Klang und im Wortschatz, sondern auch im Satzbau und sogar in der Grammatik erheblich. So stark, dass es eigentlich nicht mehr als blosser Dialekt des Deutschen gelten sollte, sondern als selbstständige Sprache erscheint.

Auf jeden Fall ist «Schwiizertütsch» für unser volkliches und kulturelles Selbstverständnis und Selbstwertgefühl von grosser Bedeutung. Es ist übrigens auch gar kein schlechtes Mittel für die von Politikern ständig beschworene (weil nur mangelhaft funktionierende) Integration von Fremden. Viele Ausländer lernen – zum Glück – als Umgangssprache nicht Standarddeutsch, sondern unsere einheimische Sprache, und finden damit den Zugang zu unserer Kulturgemeinschaft viel besser.

Sprachen sind etwas Lebendiges. Sie verändern sich – vor allem was den Wortschatz betrifft – im Laufe

der Jahrhunderte erheblich. Das ist an sich völlig normal und problemlos. Dieser Wandel kann aber auch eine ungesunde Art und vor allem Geschwindigkeit annehmen und wird dann zum Zerfall. Bei uns im «schwiizertütschen» Sprachraum hat die enorme Zuwanderung von Fremdsprachigen dazu geführt, dass vermutlich die Mehrheit der jungen Menschen zwar eine Art «Schwiizertütsch» spricht – aber wie! Nicht nur der Wortschatz verarmt, sondern auch die Grammatik wird nicht mehr beherrscht und sogar die Lautung tönt zum Teil gar nicht mehr helvetisch. Da droht ein wesentlicher Teil unseres Kulturgutes in kurzer Zeit verlorenzugehen.

Die Abstimmung über «Schwiizertütsch» im Kindergarten hat aufgezeigt, dass die Pflege unserer einheimischen Sprache weitherum als grosses Bedürfnis empfunden wird. Das ist nicht gegen die anderen Sprachen und deren Benutzer gerichtet, sondern dient unserem helvetischen Selbstverständnis und Selbstbewusstsein. Die Politik sollte sich dem nicht verschliessen. Wir finden es deshalb schade, dass der Stadtrat das Postulat nicht entgegennehmen will, und freuen uns, wenn sie es ihm erst recht überweisen.

Leider wurde das Postulat mit 25 (SD, EVP, SVP) gegen 79 Stimmen (übrige Parteien) abgelehnt.

Votum von Gemeinderat Patrick Blöchliger (SD) zum Postulat Christian Wenger (SD), Unterbindung der Tätigkeit von Beratungsstellen für illegal anwesende ausländische Staatsangehörige

(Sinngemässe Wiedergabe eines etwas gekürzt gehaltenen Votums)

Die Schweiz und hier vor allem Grossstädte wie Zürich haben eine grosse Anziehungskraft für Wohlstandsmigranten aus aller Welt, die mit allen Mitteln versuchen, sich Zugang v.a. auch zu unserem gut ausgebauten Sozialstaat zu verschaffen. Über die Zahl der illegalen Aufenthalter gibt es naturgemäss nur Schätzungen. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass es sich landesweit um eine sechsstellige und in einer Stadt wie Zürich sicher um eine fünfstellige Zahl handelt. Zum Teil sind das Personen, die sich von Beginn an rechtswidrig in unser Land eingeschlichen haben. Andere haben an-

fänglich eine Aufenthaltserlaubnis, z.B. als Asylbewerber oder Ehepartner von Schweizern oder Ausländern mit Aufenthaltsbewilligung, und bleiben später, wenn ihre Bewilligung abgelaufen ist, einfach illegal hier. Daneben gibt es noch weitere Wege wie z.B. die Eingehung von Scheinehen, um irgendwie unter Umgehung der Gesetze bei uns eindringen und bleiben zu können.

Trotz enormer Anstrengungen der Bundesbehörden, die verschiedenen Schlupflöcher zu schliessen und den Vollzug der Ausländergesetzgebung wirksamer durchzusetzen, haben sich diese Zustände in den letzten Jahren nicht wesentlich gebessert. Das liegt zum Teil

darin, dass sich unser Staat laufend selber das Bein stellt, indem Illegale z.B. eingeschult oder krankenversichert werden, ohne dass sofort eine Meldung an die Migrationsbehörde oder die Polizei erfolgt. Einen massgeblichen Beitrag zur Torpedierung des Gesetzesvollzugs leisten aber auch allerhand private Organisationen und Gruppierungen, die zum Teil ganz offen versuchen, die Heimführung von Illegalen zu vereiteln. In der Stadt Zürich gibt es beispielsweise «Anlaufstellen für Sans-Papiers», so neuerdings auch an der Birmensdorferstrasse 200 in Wiedikon. «Sans-Papiers» ist nichts anderes als eine beschönigende Umschreibung für illegale Aufenthalter. Solche Einrichtungen sind ganz offiziell am Haus angeschrieben und stehen im Telefonbuch, obwohl es sie von Rechts wegen gar nicht geben dürfte. Strafbar ist nämlich nicht nur der illegale Aufenthalt, sondern nach Art. 116 des Ausländergesetzes ausdrücklich auch dessen Erleichterung. Handelt die Täterschaft für eine Vereinigung oder Gruppe, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten zusammengefunden hat, droht nach dem Gesetz sogar Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren. Das tönt ganz gut, ist aber leider alles nur toter Buchstabe, weil die Behörden bei derartigen Machenschaften einfach wegschauen statt sofort durchzugreifen. Es ist für uns unverständlich, weshalb solche Anlaufstellen und andere Einrichtungen, welche ja geradezu erklärermassen nur dazu da sind, den Illegalen beim weiteren Aufenthalt unter Missachtung des Gesetzes behilflich zu sein, nicht sofort polizeilich geschlossen. Die Behörden müssten auch die Betreiber wegen des dringenden Verdachts auf organisierte und systematische Erleichterung des illegalen Aufenthalts bei der Staatsanwaltschaft anzeigen. In anderen Bereichen unserer Rechtsordnung funktioniert das ohne weiteres und würden niemals

Einrichtungen toleriert, die ganz offen dazu dienen, Rechtsbrechern dabei zu helfen, weiterhin ungegeniert gegen das Gesetz zu verstossen.

Neben den erwähnten Anlaufstellen gibt es noch weitere Unterstützer des illegalen Aufenthalts in der Schweiz, so z.B. Personenkreise, die systematisch Mobiltelefone für Illegale einlösen und damit in Kauf nehmen, ganz nebenbei auch noch weitere verbrecherische Aktivitäten wie z.B. den Drogenhandel zu fördern. Andere Täter versuchen, wenn doch einmal ein paar Illegale erwischt werden, mit allen Mitteln deren Heimführung zu behindern. Wieder andere beschäftigen ziemlich unverblümt Illegale, oft zu schäbigen Arbeitsbedingungen, und brauchen ebenfalls kaum zu befürchten, die dafür vom Gesetz ausdrücklich vorgesehene Strafe zu bekommen. Eine systematische Verfolgung solcher Delikte findet praktisch nicht statt, und wenn ab und zu mal jemand durch Zufall erwischt wird und die Behörden nicht mehr umhinkommen, etwas zu unternehmen, werden solche Taten als Bagatelle abgetan. Dabei summieren sich diese vermeintlichen Bagatellen, weil sie zu Abertausenden vorkommen, zu einer enormen Belastung für Staat und Gesellschaft. Ein Staat, der so etwas hinnimmt, macht sich lächerlich. Mit unserem Vorstoss wollen wir Schweizer Demokraten erreichen, dass die Stadt Zürich ihre diesbezügliche Haltung endlich ändert und aktiv bei der Bekämpfung des illegalen Aufenthalts mithilft. Wir danken für Ihre Unterstützung.

Ausgang der Debatte:

Das Postulat wurde mit den 2 Ja-Stimmen der beiden Schweizer Demokraten gegen 111 Stimmen aller anderen Parteien abgelehnt. Mit der abstrusen Begründung der SVP-Fraktion für ihr Nein setzte sich in einem weiteren Votum Christoph Spiess (SD) auseinander.

Votum von Gemeinderat Christoph Spiess (SD): Lächerliche Begründung der SVP für die Ablehnung des SD-Postulats gegen illegale Beratungsstellen für illegale Aufenthalter

(Sinngemässe Wiedergabe eines frei gehaltenen Votums)

Zur abstrusen Begründung, mit welcher die SVP-Fraktion unser Postulat ablehnt, muss schon noch etwas gesagt werden. Da wird einerseits ganz richtig festgestellt, dass die Stadtbehörden mit dem Tolerieren solcher Beratungsstellen laufend das Gesetz verletzen. Und dann wird argumentiert, die SVP unterstütze keine Vorstösse,

die nur verlangten, was sowieso sein müsse, nämlich die Umsetzung geltender Gesetze. Das ist es ja gerade: Der Stadtrat weigert sich ganz bewusst, das Gesetz zu befolgen, also darf man ihn nicht mit einem Parlamentsbeschluss dazu anhalten. Das ist SVP-Logik. Die SVP soll das doch bitte einmal den Wählern erklären, denen sie immer vorgaukelt, sie sei gegen die Überfremdung.

Votum von Gemeinderat Patrick Blöchliger (SD), NEIN zum Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau)

Die Ombudsfrau hat es für nötig befunden, in ihrem Jahresbericht viel Platz für ein verfehltes Gejammer über angebliche rassistische Praktiken unserer Stadtpolizei zu verschwenden. Sie beklagt sich wortreich darüber, dass vor allem jüngere schwarze Männer und sogenannte «Roma» häufig von der Polizei kontrolliert würden.

Das mag schon sein, geschieht aber völlig zu Recht: Unsere gute Ombudsfrau blendet aus, dass die genannten Gruppen die Polizei auch weit überproportional mit Delikten und störendem Verhalten beschäftigen. Die «Chügeli»- und anderen Dealer an der Langstrasse sind nun einmal zu fast 100% keine Appenzellerinnen oder Zürcher, sondern junge, männliche, sehr stark pigmentierte Menschen aus fast immer denselben Regionen dieser Welt. Die Organisationen, welche systematisch Bettler auf die Strasse schicken, kommen nicht aus Obwalden, sondern halt schon sehr viel eher aus Rumänien, und es ist auch eine Erfahrung, dass Zigeuner dabei eine wichtige Rolle spielen. Nicht anders ist es bei den immer wieder auftretenden Einbruchsserien mit Kindern als Täter, die gezielt zum Einbrechen und Stehlen in die Schweiz geschickt werden, weil sie hier noch nicht strafmündig sind. Und weil das so ist, muss die Polizei eben

auch gezielt vor allem Angehörige dieser Bevölkerungsgruppen kontrollieren.

Eine weitere Tatsache ist, dass vor allem die erwähnten jungen schwarzen Männer sich bei Polizeikontrollen häufig äusserst renitent verhalten. Immer wieder hört man von gewalttätigem Widerstand bis hin zum Beissen (!) von Polizeibeamtinnen und -beamten. Da ist es verständlich und nur richtig, dass sie bei Polizeikontrollen mit solcher Kundschaft nicht lange zaudern, sondern energisch zupacken und so verhindern, dass sie plötzlich angegriffen werden.

Statt über die angeblich rassistische Polizei zu jammern oder sonst das dümmliche Schlagwort «Rassismus» zu verbreiten, sollten die Behörden sich gescheiter dafür einsetzen, dass diese problematischen ethnischen Minderheiten nicht noch grösser werden.

Das sind die wirklichen Probleme! Wir Schweizer Demokraten danken der Polizei für ihre gute Arbeit und fordern sie auf, genauso weiterzumachen und sich nicht mit politischen und publizistischen Druckversuchen davon abbringen zu lassen. Wir stehen hinter der Polizei und hinter den nötigen Massnahmen gegen die importierte Kriminalität und lehnen darum den Jahresbericht der Ombudsfrau ab.

Votum von Gemeinderat Patrick Blöchliger (SD) zum Postulat Ueli Brassler (SD), Auflösung der Stiftung «Greater Zurich Area»

Der gesamte Grossraum Zürich ist stark überbevölkert, und die EU-Kolonialverträge sorgen dafür, dass es praktisch unmöglich ist, Gegensteuer zu geben und die Zuwanderung und weitere Verschlimmerung der Überbevölkerungssituation aufzuhalten. Trotz einer übermässigen Bautätigkeit, die immer mehr fruchtbaren Boden zerstört, den wir in Zukunft zur Lebensmittelproduktion noch dringend bräuchten, bleibt der Wohnraum knapp und dementsprechend teuer. In der Stadt, wo schon alles überbaut ist, werden immer öfter ganze Siedlungen mit bezahlbaren Wohnungen abgerissen und viel dichter und natürlich auch teurer neu gebaut, nur damit noch mehr Zuwanderer Platz finden und wir alle uns noch mehr auf den Füssen herumstehen dürfen. Sowohl das Strassennetz als auch das öffentli-

che Verkehrsnetz vermögen die überbevölkerungsbedingt immer mehr wachsende Verkehrsflut nicht mehr zu schlucken. Auf den Strassen herrscht Stau, Tram und Bus sind immer öfter überfüllt. Es ist ganz einfach kein Platz mehr vorhanden. Immer mehr Menschen leiden auch psychisch unter den Folgen von zuviel Dichte, Stress und Hektik. Und da beteiligt sich die Stadt noch aktiv an einer Stiftung «Greater Zurich Area», deren einziger Zweck darin besteht, noch mehr Einwohner und noch mehr Firmen in die schon viel zu grosse Agglomeration Zürich zu locken. Man glaubt noch immer an ein ewig währendes «Wachstum», obwohl das etwas ist, was schon wegen der natürlichen Begrenztheit aller Ressourcen auf dem Planeten Erde ganz und gar unmöglich ist und eher

früher als später scheitern muss. Wir Schweizer Demokraten sind ganz klar der Meinung, dass eine Organisation wie «Greater Zurich Area» ganz einfach aufgelöst werden sollte, weil sie mit ihrer Tätigkeit nicht unwesentlich dazu beiträgt, die Wachstumsschäden an Volk, Natur und Landschaft noch weiter zu verschlimmern. Nun haben die Grünen uns eine Textänderung vorgeschlagen, die darauf hinausläuft, dass «Greater Zurich Area» nicht aufgelöst, aber die Tätigkeit der Organisation in eine ganz andere Richtung gelenkt werden soll. Das ist auch ein Weg, der zum Ziel führen kann. Dass sich die Grünen an den Begriffen «kleinräumig» und «national» stören, heisst uns eigentlich nicht, denn der stattdessen vorgeschlagene Begriff der «regionalen» Wirtschaftsweise ist dem Inhalt nach ja nichts anderes. Wir sind darum mit der vorgeschlagenen Textänderung einverstanden und hoffen, dass damit unser Anliegen mehr-

heitsfähig und dem Stadtrat überwiesen wird.

Ausgang der Debatte

Die Grünen stellten einen Textänderungsantrag, wonach der Stadtrat sich statt für die Auflösung der Stiftung GZA bei dieser dafür verwenden sollte, dass sie sich für einen Übergang von der globalisierten Wachstumswirtschaft zu einer auf Stabilität ausgerichteten regionalen, umweltgerechten und sozialen Wirtschaftsweise einsetzt. Wir waren bereit, das zu akzeptieren, weil damit unser Hauptanliegen aufgenommen worden wäre. Ob es nun «kleinräumig und national» heisst oder «regional» – da gibt es in der Sache keinen grossen Unterschied.

Leider wurde das Postulat auch so abgelehnt mit 15 (SD und Grüne) gegen 96 Stimmen (der übrigen Parteien, namentlich auch der angeblich national denkenden SVP!) bei 4 Enthaltungen der hier etwas mutlosen EVP-Abgeordneten.

Postulat

von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchliger (SD)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erreichbarkeit des Zoos vom Glattal her unter Verzicht auf die derzeit geplante Seilbahn verbessert werden kann.

Begründung

Zürichs Naherholungsgebiete werden schon heute sehr stark beansprucht. Der Druck auf die Erholungsräume wird in Anbetracht der unkontrollierten Zunahme der Bevölkerungsdichte auch in Zukunft kaum geringer. Der Bau einer Seilbahn vom Bahnhof Stettbach zum Zoo wäre eine zusätzliche Belastung, Eingriffe in den Wald zum Bau von Masten unvermeidlich. Der Wald ist auch Lebensraum vieler Wildtiere, die heute schon vielerorts unter übermässigen Störungen durch menschliche Aktivitäten leiden. Dass in Stettbach keine Parkplätze gebaut werden sollen, wird nichts daran ändern, dass viele Seilbahnbenützer mit dem Auto anreisen. Damit wird die Verkehrsbelastung im angrenzenden Quartier Schwamendingen zunehmen. Der Betrieb und Unterhalt einer Seilbahn dürfte auch in finanzieller Hinsicht kaum günstiger sein als ein angemessener Ausbau der Erschliessung des Zoos mit den konventionellen öffentlichen Verkehrsmitteln (Tram, Bus). Die Stadt Zürich verhält sich in dieser Sache bisher erstaunlich passiv, obwohl die geplante Seilbahn fast

gänzlich auf ihrem Gemeindegebiet verlaufen würde, Betreiberin aber nicht – wie demgemäss zu erwarten wäre – die VBZ sein sollen. So wie es derzeit aussieht, hätten wohl auch die Stimmberechtigten zur Frage einer Seilbahn nichts zu sagen. So geht es nicht. Es ist nun Zeit zum Handeln, bevor vollendete Tatsachen geschaffen werden. Der Stadtrat soll deshalb rasch alternative Lösungen für eine bessere öV-Erschliessung des Zoos vom Glattal ausarbeiten.

SD 

**Die Schweiz in
20 Jahren:**

**Moscheestrasse 16,
8006 Zürich**

**chemin du Halal 42,
1003 Lausanne**

**viale del Muezzin 58,
6500 Bellinzona**

**veia Minarets 3,
7460 Savognin**

Wollt Ihr das?!

Der Beton-Siedlungsgarten in Winterthur

Am Mittwochabend, dem 28. Oktober 2011, wurde im Stadtkreis Seen eine öffentliche Landsgemeinde-Veranstaltung durchgeführt und der gesamte Stadtrat war anwesend. Im Mittelpunkt stand ein 49 ha grosses Landwirtschaftsgebiet zwischen Oberseen und Gotzenwil, davon liegen 31 ha auf Winterthurer Stadtgebiet. Von den Bauern wird dieses Gebiet als Fruchtfolgefläche genutzt und von der Bevölkerung als Naherholungszone sehr geschätzt. Idyllische Flurwege gesäumt von Nutzbäumen, welche im Frühjahr eine wunderbare Blütenpracht aufweisen, werden von einem natürlichen Bächlein durchschlängelt. Dass dieses Naherholungsgebiet nicht ohne Widerstand der Seemer Bevölkerung an der Landsgemeinde verteidigt wurde und für einen weniger gemütlichen Abend sorgte, dürfte dem wachen Bürger mit Naturverbundenheit bewusst sein.

Einspruch gegen Richtplanüberarbeitung

Das bis jetzt noch nicht überbaute Siedlungsgebiet von 49 ha will der Kanton Zürich verkleinern. Gegen dieses Vorgehen wehrt sich der Stadtrat von Winterthur, für diesen steht hier eine Entwicklungsstrategie von Wohneinheiten für 5000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Mittelpunkt. Deshalb hat der Stadtrat Einspruch erhoben und will dieses Land als Reservezone behalten. Die Baustadträtin Pearl Pedergrana (SP) gibt zum Ausdruck: «Wir wollen nicht, dass der Kanton seine Hausaufgabe nur hier in Gotzenwil erledigt, sondern selber über die Zukunft bestimmen.» Die Finanzstadträtin Verena Gick (FDP) doppelt nach und spricht «von einem beachtlichen positiven Steueraufkommen, welches Winterthur ausschöpfen müsse».

Abstimmung im Jahre 2001

Im Jahr 2001 waren Pearl Pedergrana (SP) und Matthias Gfeller (Grüne) im Gemeinderat von Winterthur und heute amten diese als Stadträtin und Stadtrat in der Exekutive. Im Parlament waren diese beiden Personen im Jahre 2001 noch gegen eine Einzonung dieses Gebietes zwischen Oberseen und Gotzenwil. Die Winterthurer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lehnten in der Volksabstimmung im Jahre 2001 eine Einzonung mit klarer Mehrheit ab.

Die Kehrtwendung

Ein besorgter Bürger wollte vom Stadtrat wissen, was diesem die Berechtigung gebe, gegen den Volkswillen aus dem Jahr 2001 vorzugehen. Die Antwort vom grünen Stadt-



rat: «Gotzenwil sei heute gegenüber damals verkehrstechnisch gut erschlossen» und die SP-Stadträtin: «Die Nachfrage nach Wohnraum sei grösser geworden und es sei legitim auf frühere Entscheide zurückzukommen. Das Gebiet sei zurzeit noch in der Reservezone und würde in Etappen überbaut.»

Unterschiedliche Meinungen

Eine Anfrage aus dem Publikum lautete: «Wenn das Gebiet als Reservezone gelte, sei eine baldige Überbauung gewiss und ob dies nachhaltig sei, solches Naherholungsgebiet und Kulturland zu überbauen.» Die Antwort von Pearl Pedergrana: «Von der Quartierperspektive gesehen sei dies nicht nachhaltig, jedoch aus übergeordneter Sicht schon.» Im Weiteren führte der SP-Stadtpäsident Ernst Wohlwend aus, «dass die Schweizer Raumplanung versagt habe, da das ganze Land verbetoniert werde, statt verdichtet zu bauen. Es müssten urbane Zentren wachsen, nicht ländliche Örtlichkeiten.» Die Gegenargumente: Es gehe dem Stadtrat nur um gute Steuerzahler und nicht um verdichten, das Naherholungsgebiet sei wichtiger als mehr Einwohner. Auch wurde der Stadtrat getadelt, dass für ihn zukünftige Einwohner wichtiger seien als die Bedürfnisse der bestehenden Einwohnerschaft. Pearl Pedergrana konterte: «Auch die heutigen Bewohner von Winterthur seien auf eine gute Infrastruktur angewiesen (was für eine unsinnige Äusserung).»

Landbote 29. Oktober 2011: «Grüne geben das grüne Gotzenwil auf»

Grüne und SP verhinderten einst, dass der Hang von Gotzenwil überbaut wird. Jetzt haben sie ihre Meinung teilweise geändert. Nur die Grünliberalen finden: Wachstum bremsen, Gotzenwil grün belassen. Jürg Altweg, der Gemeinderat und Fraktionspräsident der Grünen meint im Artikel: «Grundsätzlich sei es zwar schade, wenn Grünflächen überbaut würden und dass die Anwohner keine Freude haben, wenn vor ihrer Nase gebaut wird, dies sei nachvollziehbar. Im Dättbau passiert dasselbe. Aufgrund des Bevölkerungswachstums sei klar, dass ver-

dichtetes Wohnen nötig sei, und dies sollte nach Meinung der Grünen innerhalb der Städte und bis an den Stadtrand erfolgen. Gotzenwil gehört zu den wenigen Reservezonen der Stadt, es soll urban werden.» Kritischer die GLP: «Die Stadt will schon wieder dort Gas geben, wo es um das Bevölkerungswachstum geht, es gibt aber wichtigere Themen», sagt Gemeinderätin Annetta Steiner.

Der Verkehr kollabiert (Anmerkung Autor)

Bereits in den 80er-Jahren waren die Einfallsachsen von Winterthur überlastet. Der damalige Baustadtrat Peter Arbenz plante ein Tunnel durch die Breite, dies als direkte Verbindung von Töss nach Seen – Tösstal. Dies wurde durch den Souverän verworfen. Daran kaute nach meiner Ansicht der umsichtige Baustadtrat noch einige Zeit. Die Anwohner der Breitestrasse wehrten sich weiterhin zu Recht, deshalb wurde in den kommenden Jahren die Breitestrasse mit einem Lastwagenfahrverbot sowie mit einer Geschwindigkeitslimite von 40km/h belegt, der Verkehr wurde dadurch auf die Hauptverkehrsachse Zürcher-, Technikums-, Tösstalstrasse gelenkt. Schon damals Stau und nochmals Stau. Zum heutigen Zeitpunkt praktisch 16 Stunden eine Blechlawine am Eingang von Winterthur Töss (mit Rückstau auf der A1) bis zum Ausgang von Winterthur Sennhof. Da wo man dann endlich wieder beschleunigen könnte, steht eine gut getarnte Geschwindigkeitssäule.

Umsteigen auf den öV (Anmerkung Autor)

Das Umsteigen auf den öV ist für gewisse Leute möglich, jedoch sind die Busse von Stadtbus zu den Hauptverkehrszeiten massvoll überfüllt, wer ist erpicht auf das Gedränge, Begrapschen und die unangenehmen Gerüche von Schweiss, Rauch, Alkohol, Drogenabhängiger usw.? Ein weiterer negativer Punkt, auch der Bus steckt im Stau, es fehlt eine durchgehende Busspur. Ebenso müsste das zur Diskussion stehende Gebiet noch vom öV erschlossen werden, sinnvoller Weise mit Trolleybussen, dadurch würden Oberleitungen nötig, was hohe Kosten für den Steuerzahler bedeutet.

Kolumne O-Ton im «Stadtanzeiger Winterthur»

Mein veröffentlichter Beitrag am Dienstag, 15. November 2011 unter dem Titel: **Der Beton-Siedlungsgarten soll weiter wachsen...**

Der Beton-Siedlungsgarten in Winterthur soll also weiter wachsen, so wollen es die Wachstumsabergläubigen von Winterthur. Bald wird die Natur in unserem Land nur noch in Reservaten anzutreffen sein. Die Schweiz ist Spitzenreiter in der Landschaftszerstörung, so auch Winterthur. Die Politik der langen Zügel zerstört Berge, Flüsse, Seen, Wiesen, Wald und Hügel. Dies unter dem Motto: «Von der Wiege bis zur Bahre, Rendite ist das einzig Wahre.»

So wurde auch an der Landsgemeinde in Seen argumentiert, dass mit der Überbauung, sprich Verbetonierung, mit einem positiven Steueraufkommen zu rechnen wäre. Deshalb kämpft unsere Stadtregierung für ein grosses Stück Landwirtschaftskulturland im Umfang von 31 Hektaren, also ein mittelgrosser Landwirtschaftsbetrieb, zwischen Seen und Gotzenwil.

Volkentscheid ignoriert

Eine klare Mehrheit der Stimmbürger sagte im Jahr 2001 «Nein» zur Einzonung, so auch die damaligen Gemeinderäte der Grünen und SP. Da diese zwischenzeitlich in die Stadtregierung gewählt wurden, wahrscheinlich auch von Wählenden, welche das Nein zur Einzonung der Gemeinderäte schätzten, haben diese ihre Meinung geändert. Wenn der Stadtpäsident auch ins Feld führt, die schweizerische Raumplanung habe versagt, mag dies zwar stimmen, doch dies soll nicht heissen, dass Winterthur die Bedürfnisse von der Bevölkerung nicht berücksichtigen muss.

5000 Einwohner kontra Biodiversität

Im Kulturland von 31 Hektaren steckt ein grosses Potenzial der Ernährungsgrundlage, ebenso ist die Biodiversität der unzähligen Lebewesen in diesem Gebiet nicht zu unterschätzen. Auch als Naherholungszone wird dieses Gebiet sehr geschätzt. Dies soll also nun dem Moloch «Beton» geopfert werden. Für rund 5000 Einwohner sollen Wohnbauten erstellt werden, wahrscheinlich im Stil von Batterie- oder Käfighaltungsbauten, in welchen den ganzen Tag künstliches Licht nötig sein wird.

Infrastrukturaufwand

Diese 5000 Einwohner benötigen

Fortsetzung Seite 12

**Kanton Baselland**

Anspruchsvolle Arbeit

Eine Tätigkeit in der Politik ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Diesem Umstand sind und werden viele Politiker nicht gerecht. Erstaunlich ist, dass vermehrt die Wählerschaft nun politisch unerfahrene Personen in Gremien wählt und Bisherige abwählt. Der Grund kann Unzufriedenheit mit Politikern sein. Es ist nicht die Lösung, eine erfahrene Mannschaft auszuwechseln. Es hat aber leider auch eingerissen, dass viele Gewählte die Legislatur nicht beenden. Es wird etwas aufgegleist aber dann die Verantwortung dafür nicht übernommen. Oft ist sogar eine 4-jährige Amtsdauer dafür zu kurz. Wenn Wahlen bevorstehen, so ändern Politiker in vielen Bereichen ihr Verhalten. Wird dies zu offensichtlich, so ist Wahltag für viele Wahltag mit negativem Ausgang. Ein reger Wechsel von Fraktionsmitgliedern ist für Parteien kein Segen. Bei Wahlen müssen immer wieder neue Kandidaten gesucht werden, was in der heutigen arbeitsintensiven Zeit vermehrt schwierig ist. Bis neue Politiker sich eingearbeitet haben, vergeht viel kostbare Zeit und Fehler können viel Steuergeld kosten. Geben wir Sorge unseren Volksvertretern und sind ihnen dankbar, dass sie sich für die Allgemeinheit einsetzen. Es ist unmöglich, es allen recht zu machen. Politiker, jedenfalls die meisten, sind bemüht, mit bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Es ist für Aussenstehende oft nicht nachvollziehbar, wieso dies oder das so läuft.

Politisches Wahlziel der SD-BL

Die Schweizer Demokraten Basel-Land beteiligten sich an den letzten Nationalratswahlen. Dass wir keinen Sitz erhalten werden, war anzunehmen, denn unserem Kanton stehen nur sieben Mandate zu und da ist es für eine kleine Partei schwierig. Wir nutzten die Gele-

genheit, unsere Initiative und Anliegen mitzuteilen und Personen bekannt zu machen, denn die nächsten Gemeindewahlen sind im März 2012 und an diesen werden wir für den Einwohnerrat kandidieren. In fünf Gemeinden existiert ein solches Gremium anstelle der Gemeindeversammlung. In den Gemeinden Allschwil und Reinach haben wir bereits genügend Kandidaten, um eine Liste zu stellen. Wir Schweizer Demokraten sind in Allschwil mit zwei Mandaten im Einwohnerrat vertreten und eine Erhöhung der Anzahl Sitze ist durchaus realisierbar, denn sämtliche Parteien bekunden Mühe mit der Kandidatenrekrutierung und viele Bisherige treten nicht mehr an. Zudem sind einige Parteien lahm geworden und unsere Aktivität sticht daher noch vielmehr heraus. Unter www.sd-allschwil.ch können Sie sich ein Bild über unsere Tätigkeit machen.

Nachruf

74-jährig ist Sam Champion im November verstorben. Er war für die Schweizer Demokraten bis vor drei Jahren Mitglied im Einwohnerrat. Aus gesundheitlichen Gründen kandidierte er bei den letzten Gesamterneuerungswahlen nicht mehr. Seine Meinung äusserte er jeweils direkt und unverblümt. Dadurch hat er sich nicht nur Freunde gemacht, doch er blieb sich damit treu. Bis zuletzt war sein Lebensmittelpunkt Allschwil, obwohl dieser vor Jahren von einigen aufs heftigste hinterfragt wurde. Das führte dazu, dass die Mehrheit des Einwohnerrates ihm Einsitze in Kommissionen verwehrte. Umso mehr hat er sich deshalb in den Ratssitzungen mit Anträgen eingebracht. Sam hat es geschafft, dass er uns in Erinnerung bleibt!

Josua M. Studer, Präsident SD Kanton Baselland, Allschwil

Der Beton-Siedlungsgarten...

Fortsetzung von Seite 11
auch Infrastrukturen, Schulen, Spitäler, Plätze, Abwasseranlagen, Strom- und Wasserversorgung usw. Der jährliche Bedarf an elektrischer Energie beträgt 20 Mio. Kilowattstunden, die Abfallmenge 10'000 Tonnen, die Abwassermenge 500 Mio. Liter, an Benzin wird 5 Mio. Liter verfahren. In diesen Zahlen ist der Aufwand für die Bauerei nicht eingerechnet, ebenso die Lärm-, Luft-,

Staub- und Stressemissionen. Diese Zahlen spiegeln die Realität, deshalb sind die Bedürfnisse der Seemer Bevölkerung angebracht und diesen sollte Beachtung geschenkt werden. Die Stadtregierung und viele Politiker, selbst die Grünen, werden diese Fakten nicht gelten lassen, der kurzfristige Profit oder die ideologischen Ziele des Wachstumswahns werden wichtiger sein, leider.

Marcel Stutz, Gemeinderat, Winterthur

**Kanton Bern**

Zukunft des «Weyerli»

Interpellation Stadtrat Robert Meyer (SD): Gefährden Umbaupläne die Zukunft des beliebten Freibads «Weyerli» in seinem einzigartigen Charakter?

Wie dem Sport- und Bewegungskonzept auf Seite 41 (Massnahmen) zu entnehmen ist, bestehen offenbar Pläne, im Zeitraum 2015–2018 das Freibad Weyermannsbad umzubauen. Wörtlich ist dort zu lesen: «Neubau Schwimmbecken 50 x 25m und Umbau bestehende Anlage zu attraktivem Familien-Erlebnisbad. Der grosse «Teich» widerspricht den geltenden Gewässervorschriften und muss entsprechend umgebaut werden. Der Kanton hat mehrmals den Zustand bemängelt und mit der Schliessung gedroht.»

Da es sich beim «Weyerli» um das grösste Freibad Westeuropas handelt und dieses Bad mit seinem einzigartigen, charakteristischen grosszügigen «grossen Teich» sich einer äusserst grossen Beliebtheit bei der Bevölkerung erfreut, erstaunen solche Pläne.

Ich frage den Gemeinderat an:

1. Gibt es im «Weyerli» (entgegen dem Eindruck des Interpellanten) tatsächlich ein Problem mit der Wasserqualität? Wenn ja, kann dieses nicht auch anders als durch einen Umbau behoben werden?
2. Was genau hat welche kantonale Stelle bemängelt?
3. Gibt es konkrete Sanierungs-/Umbaupläne, wie sehen diese konkret aus und würden diese das Ende des charakteristischen und einzigartigen «grossen Teichs» bedeuten?
4. Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass das Freibad Weyermannsbad in seinem einzigartigen grosszügigen Charakter erhalten werden sollte?
5. Steht die Anlage unter Denkmalschutz? Wenn nein, hätte sie dies nicht verdient?

Behördenwillkür

Man erinnere sich an die Geschichte mit der Mobilfunkantenne im Seidenfaden in Unterseen (700 Einsprecher und Rechtsverwahrer) Die Behörden luden zu einer Infoveranstaltung ein und wandelten diese hernach in eine Einspracheverhandlung um. In dieser wurde erklärt, dass das Gesetz strikte angewandt werden müsse und keine Ausnahmen möglich seien. In der Lütscheren bei Interlaken wird bald und ausserhalb der Bauzone eine weitere Mobilfunkantenne gebaut. Hier ist offenbar eine Ausnahme möglich, da man ansonsten nahe der Liegenschaft des Regierungsstatthalters in Därligen einen Standort hätte finden können. Folgender Text, ein Schreiben an involvierte kantonale Ämter beweist ebenfalls, dass mit unterschiedlichen Ellen gemessen wird! Anfrage bezüglich Harderplattform/Terrasse Neubau. «...Fallbeispiel: Ein Bauer oder Pflanzblätzer, will ausserhalb der Bauzone einen Schuppen erstellen zum Verstauen seines Werkzeugs, das sonst unter freiem Himmel rumstehen und -liegen muss (auch gut fürs Landschaftsbild). Hier braucht's 1, in Worten: EINE! Ausnahme. Dieses Ansinnen wird nicht geneh-

ligt, obschon ein Bedürfnis vorhanden und das Objekt zum Nutzen statt zum Schaden der Umgebung ist! Warum wird dem Bauern oder Pflanzblätzer der Schuppen verwehrt, derweil die Harderbahn/Jungfrauabahn Holding ihr Projekt bauen kann, obwohl es DREI Ausnahmen zur Bewilligung benötigt und somit nicht Gesetzeskonform ist. Bedürfnisnachweis liegt keiner vor. Beachte Artikel 8 Bundesverfassung: Jede/r ist vor dem Gesetz gleich. Warum diskriminieren und schikanieren sie einfache Leute. Hat bei Ihnen jemand einen Gratisausflug aufs Jungfrauojoch zugute? Mit freundlichen Grüssen, Ihre Lohnzahler!

Die Antwort nach zweimaligem Nachhaken: 1. «Zu laufenden Verfahren werden keine Auskünfte erteilt.» 2. «Wir haben kein Schreiben von Ihnen erhalten.» 3. «Wir verfahren uns gegen solche Vorwürfe.» 4. «Wir haben zwar Gesetze, aber Ausnahmen verstossen nicht dagegen.» Behördenwillkür! Andere reden – wir belegen! Wir prüfen eine Anzeige gegen den Regierungsstatthalter Interlaken (SVP).

Walter Brunner, Präsident SD Berner Oberland, Unterseen



Communiqué de presse

Suite aux pannes électroniques répétitives, hautement suspectes puisque déjà apparues en 2007, survenues lors du dépouillement relatif aux élections fédérales du 23 octobre 2011 dans le canton de Vaud, nous constatons que les pourcentages attribués à des petites formations (on ne précise pas lesquelles) ont subit de fortes et inexplicables modifications entre 22h30 et 23h30 dimanche dernier, alors que la panne (il y en eut trois) n'était toujours pas maîtrisée.

Un siège non attribué passant subitement dans l'escarcelle du Parti

radical (qui venait d'en perdre uni), pour passer le lendemain au... POP et finir dans l'après-midi au Parti socialiste. En conséquence, le comité directeur de l'Action Nationale Vaud ne reconnaît pas les résultats de cette élection pour toutes les raisons que chacun peut facilement imaginer.

Dessillés, nous ne demanderons ni le recomptage des voix, ni un second vote synonymes de nouvelles dépenses à la charge des facultés contributives de ce canton.

Pierre-Maurice Vernay, président par intérim DS-VD, Remaufens

Mise au point

A la suite de la panne très suspecte lors du dépouillement des résultats des élections fédérales du Canton de Vaud le 23 octobre dernier, le PNS nous a proposé de dénoncer le cafouillage qui a suivi dont, en particulier, la triple et inexplicable translation d'un siège qui, tour à tour, passa d'un parti non identifié au Parti radical, puis au POP et enfin au Parti socialiste!

Le PNS contacta également le MCVD à cet égard qui, d'après les informations fournies par Monsieur Jacques Andrié, trésorier du MCG, à nous-mêmes, aurait déposé une plainte auprès de la justice. Notre représentant au CC y étant également favorable. Nous avons donc adressé au quotidien «24 heures» un document (copie au

«Schweizer Demokraten») précisant nos interrogations et nos inquiétudes légitimes suite à cette lamentable affaire.

A partir de là, toute **utilisation** par le PNS de notre participation à cette démarche à des fins démagogiques ou électoralistes sera, par la direction de notre section, dénoncée avec la plus extrême fermeté. Car, si nous persistons à croire que notre dénonciation de ces méthodes était totalement justifiée, nous tenons aussi à préciser qu'il n'y a pas d'association possible avec un parti (le PNS) dont les procédés, les objectifs et l'idéologie nous sont totalement étrangers. Dont acte.

*Pierre-Maurice Vernay, président par intérim DS-VD, Remaufens
Bruno Dupont, Lausanne*

Décadence, capitalisme, criminalité, islamisme, peste nucléaire...

(B.C.) Le gigantisme est l'une des causes historiques majeures de la décadence des civilisations. Personne ne se sent véritablement responsable, la complexité se mue en opacité et les vecteurs de la corrosion peuvent s'infiltrer avec la complicité de traîtres, d'opportunistes et de naïfs inconscients. Les riches et puissants abusent de leur pouvoir et les vertus des temps fondateurs s'enlisent dans l'individualisme forcené des esclaves du matérialisme quand s'échauffe la révolte sociale.

Capitalisme, sociétés secrètes, gau-

chisme, islamisme, substitution démographique afro-musulmane, drogues, tabagisme, alcoolisme, retour des obscurantismes chrétiens, mafias, criminalité de rue, changement climatique, bétonnage à outrance, cancer automobile, peste nucléaire, pollutions multiples, manipulations génétiques, métastases informatiques, déshumanisation, tels sont quelque uns des maux qui nous accablent et creusent le lit de notre décadence. Au bout du compte, la brésilisation de l'Europe nous guette, l'islamisme en prime. Ceux qui tirent la

sonnette d'alarme sont taxés de «populistes» par les pantins intellectuels manipulés par les cliques politico-financières qui prennent

les principales décisions dans leurs sociétés secrètes, au mépris des principes démocratiques qui font office de miroirs aux alouettes.

Islamisation et communautarisme ethnique: vers la guerre civile?

Je ne fais pas l'apologie de la guerre comme remède de cheval pour guérir tous les maux. Une civilisation avancée et rationnelle devrait pouvoir régler les problèmes en amont de façon moins radicale. La guerre – civile – n'est qu'une résultante de dernier choix, à moins qu'elle ne soit imposée de façon plus ou moins larvée par les ennemis de la liberté, en quel cas, on est déjà en configuration d'échec. C'est d'ailleurs ce qui est en train de se passer déjà à petite échelle.

Il faut donc reprendre l'initiative et commencer à ce que LA PEUR CHANGE DE CAMP. Pour l'instant, la racaille et autres faux réfugiés politiques se jouent de notre tolérance, piétinent nos valeurs et nous parasitent sans crainte. Quant aux humoristes, intellectuels, journalistes et autres politiciens, ils se font museler par peur de représailles islamiques, avec la



complicité de capitalistes-gauchistes. Dans les quartiers «sensibles», les honnêtes citoyens se font museler par les bandes de racailles afro-maghrébines.

Donc pour impulser un mouvement de libération dans notre société de lâches, de tubes digestifs obsédés par leur voiture et de pseudo droit-de-l'hommistes, il faut que progressivement, LA PEUR CHANGE DE CAMP, sinon nous sommes perdus à long terme.

Boris Castel

Affaire Salerno-Drahusak: les gros privilèges des copains socialistes et Verts

Le MCG porte plainte contre le Conseil administratif de la Ville

Le Mouvement Citoyens Genevois porte plainte auprès de l'autorité de tutelle, le Conseil d'Etat. Nous mettons en cause le parachute doré offert par la Ville au candidat écologiste Boris Drahusak.

Les banques ne sont pas les seules à avoir des parachutes dorés. La conseillère administrative socialiste Sandrine Salerno a offert au Vert Boris Drahusak la direction des Ressources humaines, un poste à 150'000–200'000 fr. par an.

Pire, on lui a offert 10 mois de salaires s'il quitte son poste de sa propre volonté, indique «Le Matin» du 5 octobre, qui reprend des informations de la Cour des comptes. C'est du jamais vu en Ville de Genève, selon le quotidien.

Le MCG ne peut tolérer pareilles pratiques du Conseil administratif, qui favorise ses copains politiques au détriment du contribuable.

C'est pourquoi nous venons de porter plainte auprès du Conseil d'Etat. La Cour des comptes a déjà pointé du doigt le copinage qui règne en Ville de Genève.

Cela ne peut plus durer. C'est pourquoi le MCG demande que l'on mette fin à certains gros privilèges pour les copains du PS et des Verts.

En cette période de chômage pour les résidents genevois, nous sommes scandalisés de la manière dont on traite les Ressources humaines. Ce département capital dysfonctionne actuellement puisqu'on engage de nombreux travailleurs frontaliers alors que les chômeurs continuent à souffrir à Genève. Voilà où nous mène ce copinage socialiste-vert.

Carlos Medeiros, conseiller municipal, vice-président du MCG, Genève



Kanton Aargau



Urngang vom 27. November 2011 – Stellungnahme der SD Aargau zum Volksentscheid über das neue Grossratswahlgesetz

Dolchstoss für eine gelebte Demokratie

SD Aargau respektieren jedoch den Volksentscheid

Die SD Aargau werden ihre Oppositionsrolle – für Volk und Heimat – auf allen Ebenen verstärken und mit Sicherheit im Bezirk Kulm die 5-Prozent-Hürde klar erreichen, denn bei der Abstimmung über das neue Grossratswahlgesetz hat der Bezirk Kulm als einziger Bezirk dieses undemokratische Wahlsystem abgelehnt.

Es ist der «FDP-Wirtschafts- und Pfründe-Verteiler-Partei» mit fadenscheinigen und aus der Luft gegriffenen Begründungen gelungen, den Klein- und Jungparteien und anderen Gruppierungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die SD Aargau sind fest davon überzeugt, dass die FDP die Quidung für ihr bedenkliches Demokratieverständnis bei den nächsten Grossratswahlen zu spüren bekommen wird. Leider hat der Aargauer Souverän bei seinem Ab-

stimmungsverhalten vergessen, dass seine Stimmabgabe bei den nächsten Grossratswahlen möglicherweise verloren geht. Das heisst nichts anderes, als dass die Zusammensetzung des Grossen Rates nicht mehr die Stimmenverhältnisse im Volk ausdrückt.

Die FDP als Urheberin des nun vom Aargauer Stimmvolk angenommenen neuen Grossratswahlgesetzes – mit einer Wahlsperreklause – wird bei den nächsten Wahlen mit Sicherheit die Quidung für ihre undemokratische Haltung erhalten. Mit dem neuen Grossratswahlgesetz (mit Quorum) erhofft sich die FDP, ihre Wahlverluste in Schach zu halten. Ob sich diese undemokratische Taktik auszahlt, ist zu bezweifeln.

*René Kunz, Grossrat, Präsident
SD Kanton Aargau, Reinach*

Leserbriefe

44 Asylbewerber verhaftet

Entgegen den Beteuerungen einiger unserer Politiker/innen, dass angeblich nur ein geringer Teil von zwei bis drei Prozent der Asylbewerber kriminell sei und die Hilfsorganisationen der gleichen Meinung sind, obwohl die Gefängnisse von kriminellen Ausländern bis zu 70% belegt sind, liest man heute in der Zeitung, dass in Lausanne von 91 Asylanten deren 44 bei einer Polizeirazzia verhaftet wurden. Sie waren im Besitz von Heroin, Kokain, Marihuana, Diebesgut und Geld.

Hat man in Bundesbern schon lange Probleme mit der Prozentrechnung? Eine Vergleichsstudie des Internationalen Zentrums für Migrationsentwicklung in Wien bestätigt, dass die Schweiz europaweit zum Magnet für Asylanten geworden ist. Nicht die USA ist das Land für unbegrenzte Möglichkeiten. Die Schweiz hat übernommen, das kleine Land mit dem grossen Herzen seiner Bürger/innen für die Menschen, die wirklich bedroht sind. Nur die ungebremste und unkontrollierte Flut von nicht mehr bedrohten Menschen bringt

unserem Land grosse Probleme und Kriminalität, wovon unsere Mitbürger Angst haben.

Die Asylmisere in der Schweiz hat sich bis weit hinaus in fremde Länder herumgesprochen. Der Verkauf von Drogen, die Diebstähle, die Bedrohung durch die kriminelle Energie der Asylanten, Verkäufe an Kinder und Jugendliche, kein Problem für Asylanten. Man hat eben seine Papiere verloren (wahrscheinlich vom Lastwagen gefallen) und damit bereits seine Probleme gelöst und sich eine Berechtigung lebenslanger Aufnahme garantiert, zumal diese unter anderem durch unsere Hilfsorganisationen bestärkt wird.

Ein «Dankeschön» von Seiten der armen verfolgten Asylanten an unser Land, an unsere Bürger, das haben ihnen unsere linken Anwälte nicht beigebracht.

Ich möchte noch einmal betonen, die Schweiz ist nicht fremdenfeindlich, wir wollen nur keine Kriminellen in unserem Land und das ist, so glaube ich mich zu erinnern, vom Volk so abgesegnet worden.

Renate Sonnenberg, Luzern

Keine deutschen Kampfflugzeuge!

Das Parlament hat dem Kauf neuer Kampfflugzeuge zugestimmt. Damit stellt sich die Frage nach den geeigneten Flugzeugtypen. In der Evaluation befinden sich der unter deutscher Federführung hergestellte «Eurofighter», der französische «Rafale» und der schwedische «Gripen». Das neue Kampfflugzeug wird zwar kaum je in einem bewaffneten Konflikt zum Einsatz kommen, weshalb wir nicht das raffinierteste sondern das kostengünstigste Flugzeug benötigen. Neben den Kosten sollten Miliztauglichkeit und Wartungsfreundlichkeit den Ausschlag geben. Diese Kriterien sprechen eindeutig für den schwedischen «Gripen». Der «Eurofighter» sollte aus folgenden Gründen von der Evaluation aus-

geschlossen werden: Deutschland hat mehrere Abkommen mit unserem Land gebrochen. Ferner hat seinerzeit der ehemalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück («Peitschen-Peer») unser Land im Rahmen des Steuerstreits mit Billigung der Bundeskanzlerin in arroganter Weise beschimpft. Man drohte uns «Indianern» mit der «Kavallerie». Erst kürzlich wollte er (um den Druck auf die Schweiz zu erhöhen) «die Pferde satteln». Wenn wir uns nun trotzdem für den «Eurofighter» entscheiden, fühlen sich die deutsche Regierung und Steinbrück in ihrem bisherigen Kurs bestärkt. Weitere Unverschämtheiten würden dann nicht lange auf sich warten lassen.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Bericht «Strategie Biodiversität Schweiz» des UVEK

Vernehmlassung – Grundsätzliches

Der Bericht «Strategie Biodiversität Schweiz» setzt leider nicht an den Wurzeln der Gefährdung der Biodiversität an. Es ist unsere Wachstumsgesellschaft mit ihrem ständigen Mehrverbrauch an Ressourcen aller Art (Energie, Rohstoffe, Kulturland, usw.), welche die Biodiversität in ihrem Fundament gefährdet. Was nützen Optimierungen in Teilbereichen, wenn bei Interessensabwägungen für grosse, für die Biodiversität relevante, Entscheidungen (z.B. Personalfreizügigkeit, Bauzonenerweiterungen, Infrastrukturprojekte, Steuersystem) die Interessen der Biodiversität den wirtschaftlichen Interessen ständig unterliegen? Was nützen die Investitionen in ein stets feineres Monitoring zur Biodiversität, wenn wir von vornherein wissen, dass uns das Wirtschafts- und das Bevölkerungswachstum daran hindern, unsere Biodiversitätsziele zu erreichen? Wenn die «Strategie Biodiversität Schweiz» nicht fundamental auf unseren Ressourcenverbrauch Einfluss nehmen kann, wird sie wie die Raumplanungspolitik eine reine «Pflasterlipolitik» bleiben.

Details

Landwirtschaft

Die Anreize für die Biodiversitätsförderung sind in der Agrarpolitik 2014–17 zu gering.

Tourismus, Sport und Freizeit

Es braucht klare räumliche Gren-

zen für die Freizeitaktivitäten, damit sie mit den Zielen der Förderung der Biodiversität Schweiz nicht in Konflikt geraten.

Verkehr

Ein Verzicht auf neue Verkehrsachsen, die zur Trennung von Lebensräumen der Wildtiere führen, wäre politisch wichtiger als immer neue und teure Wildtierpassagen.

Raumplanung

Der vorliegende Gegenentwurf zur Landschaftsschutzinitiative könnte sich bezüglich der Reduktion des Bauzonenzwachstums als wirkungslos erweisen. Bei der heute schon geforderten Interessensabwägung bei Einzonungen haben Gemeinden, Kantone und Bund jeweils dem Bedarf nach Siedlungserweiterung den Vorrang gegeben. Wieso soll es beim Gegenentwurf anders sein?

Wenn die Aufsichtsbehörden und vor allem die Parlamentarier keine Einschränkungen der Siedlungsfläche im Einzelfall wollen und immer wieder Gründe für Ausnahmen von Restriktionen finden, kommt auch keine griffige Stabilisierung der Bauzonengrösse zustande. Nur mit der Landschaftsschutzinitiative kann eine Stabilisierung des Siedlungsgebiets auch längerfristig gewährleistet werden. Um die Landschaft integral zu erhalten und Infrastrukturkosten zu sparen, sind auch die gewerblichen Nebenerwerbstätigkeiten der Landwirte im Kulturland restriktiv zu handhaben.

Alex Schneider, Küttigen

Kein Mensch ist illegal – ausser Sans-Papiers!

Gegen Schmarotzer-Kapitalismus

Die meist friedlich verlaufenen Demonstrationen gegen das Bankenunwesen sind berechtigt. Schon der Nobelpreisträger Milton Friedman schrieb: «Es kann nicht deutlich genug darauf hingewiesen werden, dass Kapitalismus und Marktwirtschaft sich verhalten wie der Floh zum Hund.»

Das «Blutsaugen», das Schmarotzertum des verfälschten Ordnungssystems «Kapitalismus», hat im grossen Stil begonnen, als 1694 die private, Geld ausgebende «Bank of England» entstand. 1913 wurde in den USA das Federal Reserve System (Fed) als privates Bankensystem gegründet, das auch mit dem Monopol der Ausgabe des aus dem Nichts geschöpften, ungedeckten Dollars, ausgestattet wurde.

Bleibt die Geldschöpfung nicht in staatlichen Händen, werden Staaten, die Realwirtschaft und der Handel durch die Geldherausgeber beherrscht und ausgebeutet. Schon 1976 zahlte deshalb das Volk der USA den internationalen, auch Kriege finanzierenden, Bankiers nur für Zinsen auf Staatsschulden \$ 35'000'000'000 pro Jahr. Auch die Produktivkräfte, Bauern, Unternehmer mit ihren Mitarbeitern, sowie Hausbesitzer wurden bei der Kreditvergabe durch Banken abhängig und mussten durch Zinsen viel Geld an die Superkapitalisten abführen. Aus diesem Grunde kam es in der Schweiz zur Gründung von kantonalen und genossenschaftlichen Banken. Prof. Dr. Hamer, Mittelstandsinstitut, Hannover, schreibt unter dem Titel «Der Weltgeldbetrug», wie durch die Abwertung des Dollars Gläubiger zu Schaden kamen, wie die Hochfinanz mit faulen Dollars Sachwerte wie Gold und Unternehmen aufkauft und angesichts der riesigen ungedeckten Geldmenge und Verschuldung bei einer kommenden Geldentwertung im Besitz der Realwerte keinen Schaden leiden wird.

Im «Kommunistischen Manifest» von Marx, das von einem Vertreter des Grosskapitals in Auftrag gegeben wurde, sollte (um so einfacher beherrschen und ausbeuten zu können?) nur die private Realwirtschaft, nicht aber das Zinsen und Gewinne aus Entwertung bringende Finanzwesen verstaatlicht werden.

Warum wird heute, auch in der Schweiz, das Bankenunwesen bevorzugt und nur in der Realwirtschaft, z.B. in der Not leidenden

Landwirtschaft, eine Preiskontrolle durchgeführt? Warum nicht auch eine Begrenzung der übersetzten, ausbeutenden Belastungen für Dienstleistung der keine Werte schaffenden Grossbanken, welche zusätzlich ohne Arbeit durch Spekulation unanständige Kapitalgewinne bis 25 % anstreben?

Was ist Kapitalismus?

Der Kapitalismus ist ursprünglich das Denk- oder Ordnungssystem, das den ganzen Wirtschaftsbe- reich, d.h. das Realkapital, über einen gemeinsamen Nenner zueinander in Bezug stellt und durch die Einteilung in Geld austauschbar macht. Dem Realkapital auf der linken Seite der Bilanz, das dem Werden und Vergehen unterliegt, entspricht auf der rechten Seite das Nominalkapital, unterteilt in risikotragendes Eigenkapital, das durch den Erfolg oder Misserfolg der Realwirtschaft (linke Seite der Bilanz) über Gewinne oder Verluste vermehrt oder verringert wird und das Fremdkapital. Kapitalismus ist somit das organische Buchhaltungssystem der (Volks-) Wirtschaft, das mit Hilfe der Kapitalverteilstellen (Zentralbanken, Banken, Börsen) im Verbund Weltwirtschaft ermöglicht.

Die Verfälschung trat ein, als die mit der Regulierung und Kontrolle des Nominalkapitals beauftragten Körperschaften nicht mehr dem Gemeinwohl verpflichtet waren und das Gleichgewicht (Bilancia, ital. für Waage) gestört wurde. In dem Masse, in dem diese Institutionen oder Garanten (Staaten) ihre Souveränität an Interessengruppen verlieren, wird der Missbrauch möglich. Die legale Enteignung durch Zinsen und Abgaben erhält ihre Legalität durch die Idee des Marxismus und der Forderung nach der Einweltordnung, die über die «New (Economic) Order» erreicht werden soll (Politisches Lexikon von C.O.D.E. Nr. II/8).

Diweil die Ungerechtigkeit wird überhand nehmen, wird die Liebe in vielen erkalten.

Wer aber beharrt bis ans Ende, der wird selig. Bibel, Matthäus 24. 12–13). Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid, noch Geschrei, noch Schmerz, denn das Erste ist vergangen. Und der auf dem Stuhl sass, sprach: Siehe ich mache alles neu (Offenbarung der Bibel 21. 4–5).

Emil Rahm, Hallau

Kriminelle Ausländer ausschaffen – rassistisch?

Unfaire Geheimniskrämerei

Bundesratsklausuren gehören abgeschafft bzw. publik gemacht!

Der Völkerrechtler Daniel Thürer hat offensichtlich vom Bundesrat – natürlich auf Kosten des Steuerzahlers – den Auftrag erhalten, zu untersuchen, wie man die Schweiz und damit ihre Bürgerinnen und Bürger dazu überlisten könnte, ausländisches Recht und fremde Richter zu akzeptieren. Diese wahrlich nicht neue Forderung wird nun hinterrücks wieder neu aufgelegt. Viele gewählte Politikerinnen und Politiker haben noch immer nicht verstanden, dass es NICHT ihre Aufgabe ist, die Forderungen der EU-Vertreter in Brüssel zu befriedigen, als vielmehr mit eisernem Rückgrat für die politische und juristische UNABHÄNGIGKEIT der Schweiz einzustehen.

Wenn ein Bundesratskandidat der SP am Schweizer Fernsehen ankündigt, «Er stelle sich als Bundesrat zur Verfügung, weil es in der Schweiz noch viele Reformen

brauche», dann lässt dies aufhören. In welche Richtung diese «Reformen» dann gehen würden, kann man sich denken: In automatischer Übernahme von EU-Recht! Deshalb ist die Eidg. Volksinitiative «Neue Staatsverträge zwingend vors Volk» dringender denn je. Leider waren die Vertreter der nun teilweise gestärkten und neuen Mitteparteien nicht fähig, ein solches klar definiertes und eminent wichtiges Volksbegehren zu lancieren...

Wenn nun heutzutage die Zentralmacht des einstigen «Friedensprojektes» Europäische Union sogar Druck auf ein aussenstehendes Land wie die Schweiz ausübt, so ist unser gesellschaftlicher und politischer Friede im eigenen Land dadurch akut bedroht! Je schwächer und undefinierbarer die politischen Positionen gewisser Parteien gegenüber rechtlichen Fragen in der Beziehung zur EU ausfallen, desto frecher und arroganter der Ton aus Brüssel!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Rassistische Anti-Rassismuskommission

Aufgrund des diesjährigen Rassismusbereiches fordert der schweizerische Anti-Rassismus-Papst Georg Kreis mehr staatliche Finanzierung und neutrale Beschwerdestellen in allen Kantonen. Bei der grossen Schuldenlast, unter welcher auch unser Land leidet, bin ich für eine unverzügliche Abschaffung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) und zugleich auch des unseligen Anti-Rassismus-Gesetzes (ARG). Seit das ARG in Kraft getreten ist und die EKR ihr Unwesen treibt, sind wir unserer freien Meinungsäusserung beraubt worden. Mit dem ARG wurde Raum für weitere Diskriminierungen geschaf-

fen. Nun ist es nämlich so, dass Andersdenkende diskriminiert werden. Es gibt gewisse Tabuthemen, wie zum Beispiel der Zionismus, wo man sehr schnell mit dem ARG in Konflikt gerät, wenn man nur schon unbequeme Fragen stellt. Da stellt sich mir die Frage, wer denn ein Interesse daran hat, dass wir so dermassen in unserer Meinungsfreiheit eingeschränkt wurden? Auch meine Beobachtungen über die Handhabung der Anti-Diskriminierungs-Gesetze in unseren Nachbarländern bestärken mich zusätzlich darin, dass diese rassistischen Anti-Rassismus-Gesetze abgeschafft werden müssen!

Martin Bracher, Büsserach

Bist Du gegen die Einwanderung, Übervölkerung und Überfremdung? Hast Du schon Unterschriften gesammelt für die SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau?

Sammele jetzt oder verteile Bögen in deinem Dorf oder deiner Stadt!

Unter www.schweizer-demokraten.ch kannst Du die Bögen runterladen. Du kannst aber auch einfach anrufen und gratis Bogen bestellen unter der Telefonnummer 031 974 20 10.

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- ___ Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Dank an alle Wählerinnen und Wähler

Wir Schweizer Demokraten danken allen, die uns bei den Nationalratswahlen, vom 23. Oktober 2011, die Stimme gegeben haben. Unser Dank gebührt auch allen Kandidierenden. Leider gab es diesmal eine bürgerliche Welle, die uns jegl-

lichen Triumph verunmöglichte. Wir bleiben aber als nationale Partei am Ball.

Mit uns ist auch künftig zu rechnen

Wir sind froh um jede Unterstützung in unserem Kampf für Volk und Heimat – gegen

die Überfremdung, Übervölkerung und Einwanderung!

Rudolf Keller, e. Nationalrat und
SD-Zentralpräsident
Dr. Michel Dupont, SD-Zentralvi-
zepräsident
Christoph Spiess, Gemeinderat
und SD-Zentralvizepräsident
Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär

SD gegen Mobilmachung für religiösen Fundamentalismus

Die am vergangenen Samstag, dem 29. Oktober 2011, vom Islamischen Zentralrat (IZRS) durchgeführte Platzkundgebung gegen Islamophobie stellt für die Schweizer Demokraten (SD) eine blosser Propagandaveranstaltung zur Förderung einer eigens formulierten restriktiven Definition der muslimischen Religion dar. Dabei handelt es sich um eine fundamentalistische Ausrichtung, die im diametralen Widerspruch zu den verfas-

sungsmässigen Grundsätzen des schweizerischen Bundesstaates steht.

Die SD Schweiz verurteilen solche antidemokratischen und faschistoiden Tendenzen in schärfster Weise und berufen sich unter anderem auf die Akzeptanz des Volkes als Souverän (Annahme des Minarettverbots) oder die Gleichstellung von Mann und Frau (keine Legitimation der Verschleierung des weiblichen Gesichts). Dagegen

bilden die Ziele des IZRS Relikte aus dem tiefen Mittelalter und erinnern beispielsweise an die Hexenverbrennung oder die Kreuzzüge. Das Selbstverständnis der hiesigen Gesellschaft basiert auf einer säkularen Weltanschauung und lässt keine religiöse Sonderbehandlung zu (Dispensen für den Schwimmunterricht).

Schweizer Demokraten (SD),
Adrian Pulver, SD-Geschäftsführer

SD Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben. Zwischen März und Juni des laufenden Jahres folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben. Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

SD-Redaktion

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:
Schweizer Demokraten SD
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden:
Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf,
rudolf.keller@bluewin.ch